

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

J. Robert Schaetzel

Die europäisch-amerikanische
Partnerschaft

B 22/66

1. Juni 1966

Lucian W. Pye

Zukunftsprobleme Chinas

J. Robert Schaetzel, Deputy Assistant Secretary of State für Atlantische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, geb. 1917 in Kalifornien.

Lucian W. Pye, Ph. D., Professor für Politische Wissenschaften am Massachusetts Institute of Technology, Senior Staff Member des Centre for International Affairs, zur Zeit Leiter des Projektes China-Studien des Council of Foreign Relations, geb. 1921 in China.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage
zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die europäisch-antiamerikanische Partnerschaft

Kontinuierliche Europa-Politik der USA

Überblickt man die internationalen Beziehungen unserer Zeit in ihrer Gesamtheit, so zeichnet sich die amerikanische Politik gegenüber Westeuropa durch eine ungewöhnliche Beständigkeit und Kontinuität aus. Der Wechsel der Präsidenten, Außenminister und Regierungsparteien hat an den Grundlinien dieser Politik nichts geändert. Die Regierung befindet sich dabei im Einklang mit der amerikanischen öffentlichen Meinung, denn der vielberufene Mann auf der Straße ist nach wie vor fest davon überzeugt, daß Westeuropa für die Vereinigten Staaten lebenswichtig ist.

Die NATO symbolisiert die Metamorphose der amerikanischen Außenpolitik — die Abkehr von 150 Jahren Isolation, die Bereitschaft, eine führende Rolle zu spielen, und die Anerkennung der Tatsache, daß die amerikanische Sicherheit nur in Zusammenarbeit mit einem freien Westeuropa gewährleistet werden kann. In der Einsicht, daß die Bedeutung Europas im Wirtschaftsleben der Welt ständig zunimmt, ergriffen die Vereinigten Staaten 1960 die Initiative zur Gründung einer Parallelorganisation zur NATO, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Das zweite Hauptelement der amerikanischen Politik ist die Unterstützung der Idee eines geeinten Europas. Noch bevor Robert Schuman im Mai 1950 die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anregte, fügte der amerikanische Kongreß jedes Jahr in das Bewilligungsgesetz für den Marshall-Plan einen Passus ein, in dem Europa ermahnt wurde, sich zu einigen. Diese amerikanische Reaktion ist nicht überraschend; es ist ja ein natürlicher Gedanke, daß Institutionen, die einem Volk gute Dienste leisten, anderen Völkern ebenso nützlich sein könnten. Einer der ersten Amerikaner, der Europa diesen Rat gab, war Benjamin Franklin. Am 22. Oktober 1787 schrieb er aus Philadelphia an Ferdinand Grand in Paris:

„Beigeschlossen sende ich Ihnen die vorgeschlagene neue Bundesverfassung für diese Staaten. Ich habe im letzten Sommer vier Monate lang an der Versammlung teilgenommen, die sie ausgearbeitet hat. Jetzt wird sie vom Kongreß den einzelnen Staaten zur Bestätigung geschickt. Findet sie Beifall, so sehe ich keinen Grund, warum Ihr in Europa nicht das Projekt des guten Heinrich IV. ausführen und, vermittels einer ähnlichen Versammlung, einen Bundesstaat und eine große Republik aller seiner verschiedenen Staaten und Königreiche gründen solltet; denn wir hatten viele Interessen miteinander zu versöhnen.“

Im Herbst 1962 schien die Verwirklichung der Vision einer atlantischen Partnerschaft — das sich einende Europa in konstruktiver, harmo-

Lucian W. Pye

Zukunftsprobleme Chinas S. 15

nischer Zusammenarbeit mit Amerika — zum Greifen nahe. Aber die amerikanischen Erwartungen und das amerikanische Urteil über den Stand der europäischen und atlantischen Angelegenheiten waren stark gefärbt durch naiven Optimismus und nicht selten auch durch Mangel an Wirklichkeitssinn. Nach Äußerungen des britischen Lordsiegelbewahers im Unterhaus im November 1962 schien es nur noch eine Sache von Wochen oder allenfalls Monaten zu sein, bis das Vereinigte Königreich seine Verhandlungen abgeschlossen haben und dem Gemeinsamen Markt beigetreten sein würde.

Die bevorstehenden großen Ereignisse in Europa vor Augen, verabschiedete der amerikanische Kongreß den *Trade Expansion Act*. Dieses Gesetz gab dem Präsidenten bisher beispiellose Vollmachten, über Zollsenkungen zu verhandeln. Es ging von der Annahme aus, daß Europa neue Schritte in Richtung auf die Einheit unternehmen werde, daß Großbritannien und mehrere andere Länder sich diesem Europa anschließen würden und daß man auf beiden Seiten des Atlantiks ein Interesse daran habe, die Handelsschranken abzubauen.

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber nachgedruckt aus FOREIGN AFFAIRS, April 1966. Copyright by the Council on Foreign Relations Inc., New York.

Fragen und Zweifel

Heute herrscht eine andere Stimmung. An die Stelle der Hoffnung sind Fragen und Zweifel getreten. Zwei große Fragen werden gestellt. Erstens: Beweist nicht der unglückselige Stand der Dinge auf der europäischen Seite des Atlantiks, daß der Gedanke eines geeinten Europas ein glänzendes, aber unerreichbares Ziel bleibt, wie er das seit Jahrhunderten gewesen ist? Ist es nicht so, daß die wirkliche Welt nun einmal aus Nationalstaaten besteht? Die andere Frage lautet: Ist mit einem wirtschaftlich und politisch geeinten Europa — vorausgesetzt, daß die Europäische Gemeinschaft ihre augenblicklichen Schwierigkeiten überwindet und wieder in Gang kommt — den amerikanischen Interessen wirklich gedient? Mit einem Europa, das volkreicher ist als die Vereinigten Staaten, dessen wirtschaftliche und technische Kapazität der amerikanischen potentiell gleichkommt und das — dies ist wohl der beunruhigendste Gedanke — seinen eigenen Willen hat?

Die jetzige Krise des Gemeinsamen Marktes ist Teil eines Konflikts, bei dem es um viel mehr geht als um die Geschehnisse von sechs europäischen Ländern. Zur Debatte steht, wie die freie Welt organisiert werden soll. Soll es vornehmlich auf der Basis von Nationalstaaten geschehen oder durch immer engere Formen der Zusammenarbeit und im Rahmen neuer Institutionen? Die sechs Länder haben sich ehrgeizige Ziele gesetzt und ganz neuartige sehr interessante Institutionen geschaffen;

aber die NATO und die OECD stehen durchaus in Einklang mit den politischen Prinzipien, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugrunde liegen. So sind auch die Einwände, die die französische Regierung gegen die NATO, ihre integrierte Kommandostruktur und ihr politisches Konsultationsverfahren vorbringt, im wesentlichen die gleichen, die von den Franzosen gegen den Gemeinsamen Markt erhoben werden, zum Beispiel von Präsident de Gaulle in seiner Pressekonferenz am 9. September 1965.

Eine Vorfrage beantwortet sich von selbst: Ist Westeuropa noch wichtig? Alle alten Gründe sind unvermindert gültig. Westeuropa ist die einzige stabile und wohlhabende Region, die imstande ist, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten die Verantwortung für die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen der freien Welt als Ganzes zu tragen. Zusammen sind die beiden Seiten des Atlantiks an Stärke jedem anderen Machtblock turmhoch überlegen. Sollte Westeuropa zum Osten übergehen, so wäre das eine verhängnisvolle Verschiebung im Gleichgewicht der Mächte. Westeuropa ist heute stabil, und die gemeinsamen Interessen der verschiedenen europäischen Staaten überwiegen; aber auch Leute mit kurzem Gedächtnis sollten noch nicht ganz vergessen haben, welche Katastrophen durch alte europäische Streitigkeiten über die Welt gekommen sind. Die Klugheit gebietet uns, immerfort dafür zu arbeiten, daß das Erreichte bewahrt bleibt.

Chancen der Europa-Idee

Welche Chancen bestehen auf längere Sicht für die europäische Einheit? Was für Unterlagen stehen Amerikanern zur Verfügung, die sich darüber ein begründetes Urteil bilden wollen? Es liegt ein ungeheures Material vor, das sich kaum in Kürze zusammenfassen läßt. Da ist das Netz von Einrichtungen der EWG; da sind staatliche und private Gruppen zur Unterstützung des Einheitsgedankens, der Europarat, das von Jean Monnet gegründete einflußreiche Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten Europas; da sind Arbeiter-, Bauern- und Unternehmerorganisationen, die für ein geeintes Europa eintreten; da sind schließlich Meinungsumfragen. Ein Zitat soll die proeuropäische Stimmung verdeutlichen.

Im November vorigen Jahres erklärte der Präsident des Nationalrats der französischen Industrie (CNPF), George Villiers: „Unsere französische Unternehmerschaft wünscht das [eine Überwindung der Krise des Gemeinsamen Marktes] um so mehr, als sie seit nunmehr fast zehn Jahren Investitionsprogramme, Modernisierung und Anlage der Absatzorganisationen entschlossen so plant und verwirklicht, daß sie zu dem neuen europäischen Wettbewerb passen, den der Gemeinsame Markt geschaffen hat.“ (*France Actuelle*, 15. November 1965, S. 2.)

Besonders zuverlässig lassen sich wohl die Aussichten auf ein geeintes Europa an den steigenden Investitionen europäischer und

auswärtiger Geldgeber ablesen. Ein weiterer Maßstab ist die Anhängerschaft, die die Idee unter jungen Menschen in allen Ländern Europas und besonders in England hat. Kurz, im Laufe von fünfzehn Jahren hat sich eine breite und tiefe Europa-Bewegung entwickelt. Nach der französischen Präsidentschaftswahl schrieb

der hervorragende französische Politologe Raymond Aron im *Figaro*: „Alle Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Republik gaben sich Mühe, als ‚gute Europäer‘ zu erscheinen; danach zu urteilen, bleibt die französische Öffentlichkeit der Europa-Idee weiterhin zugetan.“

Die französische Öffentlichkeit und Europa

Ohne französische Ideen und ohne französische Führung hätte es keine Europa-Bewegung gegeben. Aber seit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch Frankreich im Jahre 1954 ist die französische Haltung zur europäischen Einheit der entscheidende Faktor. Im Grunde handelt es sich darum, ob Frankreich und sein Volk, ohne dessen Teilnahme es kein geeintes Europa geben kann, im Begriff ist, sich von der Integration abzuwenden und zum traditionellen System unabhängiger Nationalstaaten zurückzukehren. Ein Amerikaner, der auf diese Frage eine Antwort sucht, hört sich am besten bei Sachverständigen und unparteiischen Franzosen um.

Die Vielfalt der Meinungen ist groß. Im Januar brachte die Zeitschrift *Réalités* eine gründliche Studie über französische Ansichten zur Außenpolitik. Die Quintessenz dieser Ansichten lautet: „Ja zum vereinigten Europa, aber nichts überstürzen. . . . Die Franzosen wissen, es ist ein klares, brennendes Problem, das gelöst werden muß. Im allgemeinen sind sie für die Vereinigung; sie sind aber verschiedener Ansicht über die Form, in der sie erfolgen soll. Viele wünschen eine arbeitsfähige, starke europäische Regierung mit einer parlamentarischen Versammlung, die auf Mehrheitsbasis arbeitet. Sie wollen die europäische Integration, aber die Mehrheit möchte eine Union, die die Rechte jedes einzelnen gewährleistet, die die nationale Unabhängigkeit bewahrt, die im Falle schwerwiegender Meinungsverschiedenheiten den Austritt zuläßt.“ Diese recht widersprüchlichen Ideen zeigen, daß die französische Öffentlichkeit ähnliche Wünsche hat wie alle anderen Menschen: Es soll anders werden, ohne daß sich etwas ändert.

Die Ergebnisse von Meinungsbefragungen vor und nach der französischen Wahl unterstützen diese allgemeinen Schlußfolgerungen. Nach der Wahl analysierte Alain Duhamel (*Le Monde*, 1. Januar 1966) die Befragungen des *Institut Français de l'Opinion Publique*. Er kam zu

dem Schluß, daß Europa und der Gemeinsame Markt unter den großen Problemen an dritter Stelle standen — nach wirtschaftlichen und sozialen Fragen und dem Prestige Frankreichs. Eine Befragung, die das *Institut de Science Politique* der Pariser Universität Mitte Dezember durchführte, ergab, daß nach Ansicht von 79 Prozent „Europa ein Hauptthema im Wahlkampf war“, während 15 Prozent dies bestritten und 6 Prozent keine Meinung hatten. Bei der gleichen Befragung wurde die Frage „Ist Ihre eigene Stimmabgabe von der Stellung der Kandidaten zu Europa und zum Gemeinsamen Markt beeinflusst worden?“ wie folgt beantwortet: 51 Prozent sagten „nein“, 41 Prozent „ja“, 8 Prozent äußerten keine Meinung. Eine andere Frage lautete: „Glauben Sie, daß der Gemeinsame Markt für Frankreich gut oder schlecht ist?“ 82 Prozent antworteten „gut“, 6 Prozent „schlecht“, 12 Prozent waren unentschieden.

Aus ähnlichem Material zieht Aron den Schluß, daß die französische Regierung der vorherrschenden Meinung in Frankreich direkt zu widerhandeln würde, wenn sie die augenblickliche Krise bis zur Auflösung des Gemeinsamen Marktes triebe. Aron gründet seinen Zukunftsoptimismus und seine Hoffnung auf einen Kompromiß darauf, daß die Regierung „Dolmetsch der tiefen Sehnsucht des Landes sein will. Und die Mehrheit der Nation bleibt der europäischen Idee treu. . . .“ (*Le Figaro*, 7. Januar 1966.)

Man kann nur resümieren, daß die Franzosen sehr für ein geeintes Europa sind, daß die Außenpolitik für sie gewiß ein wichtiges, aber kein beherrschendes politisches Thema ist und daß der Durchschnittswähler nicht imstande war, die unterschiedlichen Standpunkte der einzelnen Kandidaten in dieser Frage auseinanderzuhalten. Es scheint, daß über die Grundfrage Europas in den Köpfen der Franzosen keine sehr klaren Vorstellungen bestehen.

Wenn wir die Haupttendenzen der französischen öffentlichen Meinung feststellen wollen,

müssen wir uns natürlich die großen Interessengruppen ansehen. In dem mit dem Juli 1965 zu Ende gegangenen Landwirtschaftsjahr empfing Frankreich aus dem Gemeinsamen Markt spezielle Zahlungen im Betrag von über 100 Millionen Dollar. Darin sind die Einkünfte nicht enthalten, die es dank seinem bevorzugten Zugang zu dem großen Markt der Europäischen Gemeinschaft als Mitglied der EWG und als einer ihrer größten Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte erzielte. In dem Maße, wie die gemeinsame Agrarpolitik Wirklichkeit wird, muß sich der Absatzmarkt für die französische Landwirtschaft verbessern und müssen die Zahlungen steigen. Nach Ansicht der französischen Bauernverbände dürfte es der Regierung nicht leicht fallen, Alternativen zu finden, falls Frankreich aus dem Gemeinsamen Markt austreten oder dieser zusammenbrechen sollte.

Die maßgebendste Äußerung zu dieser Frage aus französischen Unternehmerkreisen war die

schon genannte von George Villiers im vorigen November. Villiers befürwortete eine wirkliche Wirtschaftsunion, die „mit einem gemeinsamen Markt für Agrar- und Industrieprodukte, mit Harmonisierung der allgemeinen Politik, der Gesetzgebung und der Tarife die Voraussetzung für einen ehrlichen und fruchtbaren Wettbewerb ist. In dieser außerordentlich bedeutungsvollen Entwicklung hat es schon zu viele Verzögerungen gegeben...“ (*France Actuelle*, 15. November 1965.)

Diese Ansichten werden nicht zitiert, um politische Entscheidungen auf der Grundlage der öffentlichen Meinung und der Stellungnahmen von Interessengruppen vorauszusagen. Diese sind zwar wichtig, können aber der Regierung nur als positive oder negative Fingerzeige für ihr Handeln dienen. Einige wichtige Punkte scheinen jedoch festzustehen: Frankreich ist europäisch gesinnt; Argwohn und Haß gegen Deutschland sind weitgehend verschwunden; der Gemeinsame Markt und die europäische Einheit haben viele Anhänger.

Wandlung in Großbritannien

Bei der Beurteilung der europäischen öffentlichen Meinung sind die Ansichten der Briten von besonderem Interesse. Erst in jüngster Zeit kommen diesem Inselvolk Zweifel an der berühmten Schlagzeile: „Nebel über dem Ärmelkanal — Kontinent isoliert.“ Vor Macmillans Ankündigung im Jahre 1961, daß sich Großbritannien um die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt bewerben werde, betrachteten die meisten Engländer die europäische Integration als eine Donquichotterie, ein Projekt, das allenfalls zweifelhaften Wert hatte und höchstwahrscheinlich den britischen Interessen zuwiderlief. 1962 war in der öffentlichen Meinung des Landes bereits eine beträchtliche Verschiebung zugunsten des Anschlusses an Europa eingetreten. Es war aber noch sehr ungewiß, ob die Befürworter in der Mehrzahl waren.

Im Oktober 1965 teilte *National Opinion Poll* mit, daß 50 Prozent der Engländer den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt befürworten, daß 22 Prozent ihn ablehnen und 28 Prozent keine Meinung haben. Die Tendenz wird erkennbar, wenn man das Ergebnis mit dem einer Befragung vom August 1964 vergleicht. Auf die gleiche allgemeine Frage antworteten damals nur 41 Prozent mit Ja, 37 Prozent mit Nein und 22 Prozent waren ohne Meinung.

Am meisten fällt auch hier wieder die Haltung der jungen Menschen auf. In einem Seminar, das kürzlich an der Universität Cambridge veranstaltet wurde, wurden Christopher Soames, der Außenminister des Schattenkabinetts, und Lord Walston, der parlamentarische Staatssekretär im Außenministerium, heftig von ihrem studentischen Publikum bedrängt, das eine viel aktivere britische Europa-Politik verlangte.

Im Augenblick dreht sich die Diskussion der Frage in England zwangsläufig mehr um allgemeine Ziele als um einzelne Punkte. Die Engländer sehen keine großen Chancen für eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen, da die Haltung der französischen Regierung, die zum Abbruch der Verhandlungen im Januar 1963 führte, unverändert erscheint.

In einer Darlegung der Gründe, die für die Europäische Gemeinschaft und die Beteiligung Großbritanniens an ihr sprechen, geht Kenneth Younger von Chatham House auf einen Punkt ein, der Europäer auf beiden Seiten des Kanals jetzt stark beschäftigt und für die Anhänger der Idee von einem integrierten Europa oft das Hauptmotiv sein mag. Younger argumentiert, allein die europäische Einheit biete „eine Hoffnung, daß es [Europa] in der Weltpolitik den Einfluß ausüben kann, zu dem seine industriellen und technischen Fähigkeiten es berechtigen“. (*Listener*, 25. November 1965.)

Younger erörtert dann einen weiteren grundlegenden Faktor, der das Denken von britischen, kontinentaleuropäischen und amerikanischen Fürsprechern eines geeinten Europas stark beeinflusst — nämlich das deutsche Problem. „Die Zukunft Deutschlands bleibt das zentrale Problem für die Zukunft Europas.“ Nach Youngers Ansicht gibt es in Deutschland heute kein Streben nach Weltherrschaft oder europäischer Hegemonie, wie es zum Ersten und Zweiten Weltkrieg führte; „... aber trotzdem existiert ein ernstes deutsches Problem, das von der Rivalität der Großmächte, der Teilung Deutschlands im Jahre 1945 und der gefährlichen Situation in Berlin herrührt — ein Problem, das noch kompliziert wird durch das schreckliche Erbe der jüngeren deutschen Geschichte, besonders der Nazi-Ära“. Younger meint: „Deutsche Staatsmänner der Nachkriegszeit sahen die Lösung nicht in der Wiederbelebung eines rein nationalen deutschen Patriotismus, auch nicht darin, daß Deutschland sich auf immer in die Rolle einer Nation zweiter Klasse schickte, sondern in der Schaffung einer größeren Gemeinschaft, in der die Deutschen einen würdigen Platz finden konnten, ohne bei ihren Partnern das Gespenst einer neuen deutschen Vorherrschaft heraufzubeschwören.“

Ich teile Youngers Überzeugung, daß sich dieses ausgewogene Konzept bewährt hat. In Deutschland ist die öffentliche Meinung fast einmütig für ein geeintes Europa im Rahmen der nordatlantischen Institutionen mit besonderer Betonung der NATO. Damit verbunden ist ein grundlegendes und natürliches deutsches Ziel: die Wiedervereinigung des Landes. Hierin hat die Bundesrepublik die volle Unterstützung Amerikas. Eine Gefahr für Deutschland und potentiell für seine Verbündete läge darin, wenn der starke und konstruktive deutsche Wunsch nach europäischer Integration und atlantischer Zusammenarbeit nicht befriedigt würde. Würde Deutschland dieser Weg blockiert, dann könnte es seine rastlose Ener-

gie ausschließlich anderen Zielen zuwenden, besonders der Wiedervereinigung, und die wichtigen internationalen Verpflichtungen, die es zu tragen hat, vernachlässigen. Aber die führenden deutschen Politiker sind davon überzeugt, daß einem Vorstoß an dieser Front in absehbarer Zeit wegen der sowjetischen Unnachgiebigkeit kaum irgendwelche Chancen beschieden sind. Deutschland könnte durch einen solchen Schritt in eine außenpolitische Sackgasse geraten und herbe Enttäuschungen erleben.

Younger fragt, wie den Deutschen zumute sein wird, wenn wir ihnen das Zukunftsbild eines Europas der Nationalstaaten zeigen, in dem „eine nationale Atombombe das Symbol nationaler Unabhängigkeit ist“ — eine Waffe, die Frankreich und Großbritannien beide besitzen und zu behalten gedenken. Er antwortet, im Grunde sei das eine Einladung an die Deutschen, sich wieder ausschließlich „auf ihre eigenen, rein deutschen Kräfte zu verlassen — ein fleißiges Industrievolk in einer geographischen Schlüsselposition, die es ihnen, wenn sie wollen, ermöglicht, die gefährliche ‚Realpolitik‘ wiederaufzunehmen, die sie zuerst von Friedrich dem Großen gelernt haben“.

Schließlich faßte die Londoner *Times* (3. Januar 1966) in einem Jahresrückblick die Situation wie folgt zusammen: „Die neue Labour-Regierung hat mit eigenen Augen einiges von Europa gesehen und viel gelernt; sie hat ihre Erfahrung zu einem Zeitpunkt gemacht, wo das Pfund Sterling und das Commonwealth, diese beiden Pfeiler, angeknackst erscheinen. ... Wenn Mr. Michael Stewart, der Außenminister, einer sozialistischen Versammlung sagen kann, daß er in Europa gern etwas sehen möchte, das mehr dem EWG-Prinzip als dem EFTA-Prinzip entspricht, dann haben sich die Zeiten sichtlich geändert. Kurz, Großbritannien steht Europa viel näher als je zuvor. Die große Frage ist nicht ob, sondern wann.“

Amerikanische Wünsche

Wenn wir annehmen, daß es auch künftig eine zwar nicht gleichmäßige, aber doch anhaltende Bewegung für ein geeintes Europa geben wird, so bleibt die Frage, ob das vom amerikanischen Standpunkt wünschenswert ist. Dabei müssen wir uns über eines klar sein: Was die Europäer tun, muß nicht notwendig in allen

Punkten mit dem übereinstimmen, was die Vereinigten Staaten als in ihrem Interesse liegend betrachten, und ebensowenig werden amerikanische Vorstellungen von der Organisation Europas das Denken der Europäer beherrschen. Das entbindet die Amerikaner jedoch nicht von der Pflicht, sich Gedanken

zu machen über das Europa, das sie entstehen sehen möchten.

Was Amerika wünscht — und braucht —, ist erstens, ganz einfach ausgedrückt, ein politisch stabiles und wirtschaftlich blühendes Europa, das fähig und willens ist, einen angemessenen Beitrag zu seiner eigenen Sicherheit und der der Allianz zu leisten. Zweitens ist es das Ziel der Vereinigten Staaten, daß Deutschland, das zentrale ungelöste Problem des Zweiten Weltkrieges, gleichberechtigt die Lasten und Verantwortlichkeiten der atlantischen Welt tragen hilft, und zwar innerhalb des stabilisierenden Rahmens, den es selbst wünscht, nämlich in den Institutionen der Europäischen Ge-

meinschaft und der NATO. Drittens wünscht Amerika, daß Europa — das einzige Gebilde von wirklichem Großmachtcharakter in der freien Welt außerhalb der Vereinigten Staaten — seinen Einsatz für wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit in anderen Weltteilen nicht einschränkt, sondern erweitert. Viertens hoffen die Vereinigten Staaten, daß Westeuropa gemeinsam mit ihnen nach Wegen sucht, die friedlichen Kontakte zwischen Ost und West auszuweiten, mit dem Ziel, durch einen evolutionären Wandel im Osten zu normaleren, für beide Teile vorteilhaften Beziehungen zwischen den Nationen Osteuropas und denen des Nordatlantiks zu kommen.

Rückkehr zum Nationalismus?

Es gibt, in groben Zügen, drei verschiedene Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika zu organisieren. Die erste ist das System der Nationalstaaten. Es hat vor allem den Vorteil, daß jedermann daran gewöhnt ist. Es gestattet den Menschen, im alten Trott weiterzumachen. Für Amerikaner, die einem geeinten Europa mit Sorge entgegensehen und befürchten, es könnte eigenwillige Ideen entwickeln, hat das aus dem 19. Jahrhundert stammende System der Nationalstaaten den Vorzug, nicht mit unbekanntem, sondern mit bekannten Gefahren zu dro-

hen. Angesichts der Tatsache, daß das Brutto-sozialprodukt des größten europäischen Staates (Deutschland) nur etwa 15 Prozent desjenigen der Vereinigten Staaten ausmacht, haben die Amerikaner wenig Grund zu der Befürchtung, daß einer der größeren europäischen Staaten für sich allein imstande wäre, die westliche Politik zu diktieren. Mit einem Wort: diese Form der atlantischen Organisation scheint die verlockende Aussicht auf bewußte oder unbewußte Vorherrschaft Amerikas zu bieten, die sich einige als eine Art amerikanischen Commonwealth vorstellen.

Keine Chancen für eine atlantische Föderation

Die zweite Möglichkeit ist die atlantische Union oder die förderative atlantische Gemeinschaft. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, unmittelbar nach einem Weltkrieg, der alles verändert hatte und eine Zeitlang alles möglich erscheinen ließ, fand die Idee einer föderativen atlantischen Union viel Beachtung. Entschließungen des amerikanischen Kongresses sprachen sich für sie aus. Die unermüdeten Fürsprecher dieser Idee sind von den höchsten Motiven beflügelt. Sie wissen das gemeinsame kulturelle und politische Erbe Europas und Amerikas zu würdigen und erkennen klar die Notwendigkeit, das große Machtpotential der Nordatlantik-Staaten in eine organisierte Form zu bringen. Sie fordern Washington auf, die Initiative zu ergreifen und nach dem Vorbild des Konvents zu Philadelphia von 1787 eine atlantische Versamm-

lung einzuberufen. Sie sind begeistert von der Vorstellung, daß eine Konferenz im 20. Jahrhundert zusammentreten und die Verfassung einer nordatlantischen Föderation ausarbeiten könnte.

Wenn es für die atlantische Union jemals eine Chance gab, dann in den dunklen Nachkriegsjahren. Das notleidende und politisch demoralisierte Europa hatte damals kaum eine Wahl und war in seiner verzweifelten Lage bereit, nahezu jede Lösung auszuprobieren. Die Vereinigten Staaten, in neuem Kraftbewußtsein und befreit von der außenpolitischen Selbstbeschränkung der Vergangenheit, zeigten sich für Neuerungen sehr aufgeschlossen; zudem waren sie — auch das war sehr wichtig — um 1948 zu der Überzeugung gekommen, daß die Sowjetunion unter Stalin entschlossen nach der Weltherrschaft strebte. Aber selbst in

jenen einzigartigen Jahren schöpferischer Gärung wurde die atlantische Union niemals zum Gegenstand ernsthafter zwischenstaatlicher Verhandlungen gemacht. Heute ist zwar nach wie vor das Ziel glaubhaft und die Begründung unanfechtbar, aber bei den Völkern und Regierungen hat der Gedanke wenige Anhänger — besonders in Europa. Manche Befürworter einer atlantischen Föderation behaupten, die Idee würde der französischen Regierung zusagen. Indes ist der Widerstand Frank-

reichs gegen Mehrheitsentscheidungen im Kreis der sechs Länder, sein Widerstreben, einem gemeinsamen Exekutivorgan Machtbefugnisse einzuräumen, eine Hauptursache des gegenwärtigen innereuropäischen Streits. Durch welchen logischen Salto mortale schließt man dann auf eine Bereitschaft Frankreichs, ähnliche Beschränkungen seiner Souveränität in einer größeren atlantischen Gemeinschaft hinzunehmen, die noch dazu unweigerlich von den Vereinigten Staaten beherrscht würde?

Machtunterschied zwischen Amerika und Europa

Einige Probleme wären in der atlantischen Union die gleichen wie im System der Nationalstaaten. Von überragender Bedeutung ist der große und weiterhin wachsende Unterschied an Macht — politischer, militärischer und wirtschaftlicher Macht — zwischen den Vereinigten Staaten und selbst den stärksten europäischen Ländern. Die amerikanische Vorherrschaft in diesen beiden Systemen mag manchen Amerikanern als reizvoller Vorzug erscheinen, aber man muß auch die nachteiligen Nebenwirkungen erkennen. Der Hauptnachteil eines sehr unausgewogenen transatlantischen Verhältnisses besteht darin, daß Amerika gezwungen ist, die Hauptverantwortung für die Sicherheit der freien Welt zu tragen. Diese Bürde ist den Vereinigten Staaten in einem historischen Zeitpunkt zugefallen, wo die Stellung des Führers keinen der wirklichen oder eingebildeten Vorteile mehr bietet, denen zuliebe sich die europäischen Staaten im 18. und 19. Jahrhundert in ihre imperialen Abenteuer stürzten. Die Amerikaner zeigen auch gar keine Freude am einsamen Glanz ihrer weltpolitischen Führerrolle. Sie sind ihrer psychischen Anlage nach ein Volk, das Kollegen und Partner haben will.

In diesem Zusammenhang erlangt der Machtunterschied seine Bedeutung. Die einzelnen europäischen Länder sind auf Grund ihrer Kleinheit und ihrer beschränkten Mittel weder willens noch imstande, mehr als eine Handlangerrolle zu spielen. Und die Vereinigten Staaten, die einen großen Teil der Lasten und Kosten tragen, können realistisch gesehen nicht die Verantwortung für politische Entscheidungen mit widerwilligen Juniorpartnern teilen. Der alte Verfassungsgrundsatz wird umgedreht und lautet nun: „Keine Vertretung ohne Be-

steuerung.“ Es ist ein Teufelskreis: Amerika wünscht die Teilnahme Europas, kann aber seine Entscheidungsrechte nicht wirklich mit ihm teilen, solange die Europäer nicht einen Beitrag leisten, der dem amerikanischen in der Größenordnung angemessen ist; die Europäer verfügen weder über die für einen solchen Beitrag erforderliche Organisation, noch sind sie sehr daran interessiert, ihn zu leisten.

Einige der kleineren Mitglieder der Allianz bekunden die größte Zufriedenheit mit dem derzeitigen Stand der Dinge, daß nämlich die Sicherheit Westeuropas durch die Macht Amerikas gewährleistet wird; es sind zugleich diejenigen NATO-Mitglieder, welche die geringsten materiellen Opfer für ihre eigene oder die gemeinsame Sicherheit bringen. Mit Verteidigungsaufwendungen von etwa drei Prozent ihres Bruttosozialprodukts stehen sie am unteren Ende des Ausgabenspektrums. Die meisten dieser NATO-Länder haben keine allgemeine Wehrpflicht. Die durchschnittliche Dienstzeit beträgt ungefähr zwölf Monate. In den Vereinigten Staaten besteht allgemeine Wehrpflicht. Die Dienstzeit beläuft sich je nach Waffengattung auf zwei bis vier Jahre. In den kleineren Ländern stehen etwa 1,1 Prozent der Bevölkerung im Militärdienst, in den Vereinigten Staaten dagegen 1,5 Prozent — rund ein Drittel mehr. Aus diesen groben Zahlenangaben ziehe ich den Schluß, daß Größe und Verantwortung in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen. Warum sollten sich kleine Länder danach drängen, hohe Rechnungen für die gemeinsame Verteidigung zu bezahlen? Können sie, wenn sie ihre Verteidigungsleistungen verdoppeln, überzeugt sein, daß dann auch ihre Sicherheit doppelt so groß ist?

Beunruhigend sind die Auswirkungen dieser europäischen Verhaltensweisen auf die Haltung der Amerikaner. Diese werden gereizt, wenn sie sehen, wie ihr Land überall in der Welt den Gendarmen spielen muß, während die „wohlhabenden Europäer“ — so das gängige Bild — die Sicherheit genießen, die sie den nicht genügend gewürdigten amerikanischen Bemühungen verdanken. Die Amerikaner neigen dazu, einige wichtige Punkte zu übersehen: Die Europäer leisten einen wesentlichen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung; die amerikanischen Truppen in Europa sind nicht nur zum Schutz Westeuropas, sondern auch zum Schutze Amerikas dort; man kann die Vereinigten Staaten mit seinem Brutto-sozialprodukt von 700 Milliarden Dollar nicht mit den einzelnen europäischen Staaten vergleichen. Aber die Flut irrationaler Gereiztheit und Kritik kann steigen und schließlich in die Forderung münden: Wenn Europa nicht bereit ist, sich selbst zu verteidigen oder uns beim Ausgleich unserer Zahlungsbilanz zu helfen oder einen angemessenen Beitrag in Südostasien zu leisten, dann ist es angebracht, das amerikanische Engagement in Europa zu vermindern.

Besonders ins Auge fallend ist der Machtunterschied zwischen den Vereinigten Staaten

und den europäischen Ländern an den vorgeschobenen wissenschaftlichen Fronten der modernen Wirtschaft. Eine der besten Analysen dieses Unterschieds ist in einem neueren Bericht der OECD enthalten. Daraus geht hervor, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1962 für Forschung und Entwicklung viermal soviel ausgegeben haben wie Westeuropa und drei- bis viermal soviel wie die UdSSR. (*Summary Report* 31, 16. April 1965, S. 11.) Das gleiche Bild ergibt sich bei der sogenannten „Zahlungsbilanz“ für technisches Fachwissen (Patente, Lizenzen und dergleichen), die stark zugunsten der Vereinigten Staaten ausfällt. Ein vielkritisirtes Phänomen ist der Zustrom von Wissenschaftlern nach Amerika. Die Anziehungskraft, die die Vereinigten Staaten auf fähige Europäer ausüben, ist zwar so alt wie die nordamerikanische Republik selbst; aber der Zustrom wächst ständig und ist schon zum Gegenstand von Kontroversen geworden. Nach dem eben zitierten Bericht belief sich die Zahl der in die Vereinigten Staaten einwandernden Wissenschaftler und Ingenieure von 1952 bis 1963 jährlich „auf über 4 Prozent der Gesamtzahl der einheimischen [amerikanischen] Hochschulabsolventen technischer und naturwissenschaftlicher Fächer und erreichte 1957 einen Höchststand von acht Prozent“.

Dritter Weg: Partnerschaft

Die dritte Möglichkeit ist die der Partnerschaft mit einem sich einenden Europa. Die Bedeutung des Wortes „Partnerschaft“ ist an sich eng umschrieben. Aber in dem Sinne, wie es 1962 von Präsident Kennedy und anschließend von Präsident Johnson gebraucht wurde, drückt es eine weitgespannte Idee aus — die Idee eines geeinten Europas, mit dem die Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung eng zusammenarbeiten können.

Eine auf dieses Ziel gerichtete Politik wäre durchaus nicht frei von Problemen und Ungewisheiten. Die Ungewisheiten des Augenblicks liegen nur allzu deutlich auf der Hand; zum Beispiel sind die Zollverhandlungen der Kennedy-Runde praktisch festgefahren, solange die Krise des Gemeinsamen Marktes nicht gelöst ist. Selbst angenommen, daß sich die Europäer untereinander verständigen und wieder zu einem Bewußtsein gemeinsamer Ziele kommen, so liegen doch auf dem Wege

der atlantischen Partner viele Schwierigkeiten. Die Aufgabe, Europa zu einigen, wird allein schon durch ihre Größe und Neuheit die Europäer ganz in Anspruch nehmen. Mit diesen Angelegenheiten beschäftigt, werden die europäischen Regierungen zumindest fürs erste weniger geneigt sein, ihre Aufmerksamkeit gemeinsamen europäisch-amerikanischen Problemen zuzuwenden — selbst wenn sie sie als solche anerkennen — oder wichtigen internationalen Fragen eine hohe Dringlichkeit einzuräumen.

Unvermeidlich ist auch ein gewisses Maß von „europäischem Nationalismus“. Damit ist kein aggressiver Nationalismus gemeint, sondern eine egozentrische Haltung: Die Europäer werden sich in erster Linie für die Entwicklung des geeinten Europas interessieren. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Haltung der Europäer völlig frei von Antiamerikanismus sein wird. Gerade weil das Riesenmaß Amerikas

anspornend auf die Schaffung eines geeinten Europas wirkt, werden die sich herausbildenden atlantischen Beziehungen von Neid und Ressentiments gefärbt sein, und mitunter wird sich Europa auch bewußt von den Vereinigten Staaten distanzieren.

Aus einem gewissen Abstand und auf längere Sicht betrachtet, scheinen jedoch die Grundinteressen der Vereinigten Staaten und Europas einander nicht zu widerstreiten, sondern zusammenzufallen. In den grundlegenden Wertvorstellungen gibt es kaum Unterschiede. Die komplexen Industriegesellschaften Europas und Amerikas sind theoretisch und praktisch miteinander verbunden und ringen im wesentlichen mit den gleichen Problemen. In bezug auf Einzellösungen mag es Meinungsverschiedenheiten geben; sie kommen auch unter Amerikanern und unter Europäern vor. Es ist schwer vorstellbar, daß unterschiedliche Ambitionen oder Zielsetzungen in der Politik gegenüber den unterentwickelten Teilen der Welt zu Konflikten zwischen den atlantischen Nationen führen könnten. Außer in den Köp-

fen von Propagandisten und unverbesserlichen Marxisten gibt es keine kolonialistischen Bestrebungen Europas oder Amerikas. Es geht heute genau um das Gegenteil: Wie zügelt man das Streben der Europäer — und auch der Amerikaner —, sich zurückzuziehen, die Verantwortung für Sicherheit und Entwicklung auf andere Schultern zu laden?

Manche Europäer sehen das Eintreten der Amerikaner für die europäische Einheit als Heuchelei an. Wenn der Verlust der nationalen Souveränität gut für Europa ist, warum ist er dann nicht auch gut für Amerika? Eine Antwort auf diese Frage lautet: Die Amerikaner sehen es im Augenblick als nicht besonders dringlich an, Einschränkungen ihrer nationalen Handlungsfreiheit zu erwägen. Die Bereitschaft dazu wird vermutlich vorhanden sein, wenn es zu einer Krise kommt oder wenn Europa so organisiert ist, daß derartige Veränderungen oder Einschränkungen attraktiv, notwendig oder unvermeidlich werden. Es gibt einige Anzeichen dafür, daß ein solcher Anstoß grundlegende Wandlungen herbeiführen könnte.

Amerikaner wären zu Beschränkungen ihrer Handlungsfreiheit bereit

Der Beschluß der amerikanischen Regierung im Jahre 1962, kühne neue Schritte zur Liberalisierung des Handels zu unternehmen, ist zweifelsfrei auf den Erfolg des Gemeinsamen Marktes und auf europäische Ideen über den Inhalt künftiger Zollverhandlungen zurückzuführen. Der Gemeinsame Markt hat den Europäern bewiesen, daß ihre Befürchtungen wegen des teilweisen Wegfalles der Schutzzölle übertrieben waren, daß man durch Beseitigung der Handelsschranken das wirtschaftliche Wachstum anregen und den Lebensstandard heben kann. Der Zweck des *Trade Expansion Act* war es unter anderem, die daraus gezogenen Lehren allgemein nutzbar zu machen und die vorteilhaften Wirkungen der Handelsausweitung auf die übrige Welt auszudehnen. Aber sogar die amerikanischen Erwägungen, die dem Angebot einer fünfprozentigen linearen Zollsenkung zugrunde lagen, hatten ihre Wurzel in einem früheren, vom Gemeinsamen Markt angenommenen französischen Vorschlag, eine zwanzigprozentige lineare Senkung im gemeinsamen Außentarif der Gemeinschaft anzubieten. Dieser Vorschlag setzte die Vereinigten Staaten unter Druck, doch waren sie zur Zeit der Dillon-Runde nicht in der Lage, Gegenvorschläge auf gleicher Basis zu unter-

breiten. Diese historische europäische Initiative bewog den Präsidenten, die neuen Vollmachten zu verlangen, die ihm die Legislative auch gewährte.

Ein anderes Beispiel findet sich auf dem Gebiet der Währungspolitik. Im Jahre 1961 fanden in der Gruppe der Zehn (Vereinigte Staaten, die Hauptländer Westeuropas, Kanada und Japan) Verhandlungen statt zur Festlegung der Formen, in denen der Internationale Währungsfonds im Bedarfsfall bei den genannten Ländern Anleihen zur Auffüllung seiner finanziellen Reserven machen könnte. Nach seinem Statut faßt der Fonds seine laufenden Beschlüsse auf Grund eines Stimmenschlüssels, der die Stimmen entsprechend der Höhe der Beiträge zum Fonds verteilt. Nach diesem Schlüssel haben die Vereinigten Staaten von allen Mitgliedsländern die größte Stimmenzahl. In den Verhandlungen von 1961 beantragten die Kontinentaleuropäer, deren finanzielle Position sich inzwischen bedeutend verbessert hatte, eine grundlegende Abänderung des Abstimmungsverfahrens zu ihren Gunsten, und die Vereinigten Staaten erklärten sich einverstanden.

Diese Beispiele besitzen keine absolute Beweiskraft, aber sie deuten doch darauf hin, daß sich die Vereinigten Staaten für europäische Ansichten empfänglich zeigten, wenn ih-

nen eine organisierte europäische Macht gegenüberstand. Die Ergebnisse lagen in beiden Fällen im allgemeinen Interesse — auch im amerikanischen.

Partnerschaft und amerikanische Interessen

Im Licht dieser Analyse ist es möglich, die drei Alternativen — Nationalismus, atlantische Union und atlantische Partnerschaft — unter dem Gesichtspunkt der vier Hauptinteressen der Vereinigten Staaten zu prüfen.

Ihr erstes Ziel sind wirtschaftliches Wachstum und eine gerechtere Verteilung der Sicherheitslasten. In dieser Hinsicht können weder der Nationalismus noch eine lockere, von den Vereinigten Staaten beherrschte atlantische Union soviel leisten wie die Politik der atlantischen Partnerschaft. Diese These beruht nicht auf politischer Spekulation, sondern ergibt sich aus bekannten Verhaltensweisen, aus den gegenwärtigen Beiträgen der kleineren Länder und aus der abnehmenden Bedeutung der größeren europäischen Staaten.

Hinsichtlich des deutschen Problems versagen die Lösungen, die der Nationalismus und die atlantische Gemeinschaft zu bieten haben, im entscheidenden Punkt. Die klassische Weltordnung souveräner Nationalstaaten überläßt Deutschland wiederum seinem Schicksal. Es war 1950 Adenauers bewußte Entscheidung, Deutschlands Zukunft an eine europäische Gemeinschaft zu binden. Das ist bis zum heutigen Tag das Kernstück der deutschen Außenpolitik. Zugleich hat sich Deutschland die europäische Einheit niemals losgelöst von einer starken atlantischen Partnerschaft vorgestellt.

Im Hinblick auf die Dritte Welt — die weniger entwickelten Länder der südlichen Hemisphäre — besteht das Problem darin, bei den Europäern das Gefühl für Mitverantwortung zu stärken und sie zu tatkräftigerer Mitarbeit anzuregen. Im Augenblick ist ein Nachlassen des europäischen Interesses festzustellen. Viele Europäer haben heute den Eindruck, nur Handlanger der Vereinigten Staaten zu sein. Daß sich an diesem Zustand in einem System von Nationalstaaten oder einer lose organisierten atlantischen Gemeinschaft, in der die europäischen Staaten nur kleine Bestandteile wären, nichts ändern würde, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden.

Schließlich das schwierige Problem der Normalisierung der Beziehungen zum Osten: Hier kann man mit Professor Brzezinski annehmen, daß ein wirtschaftlich blühendes, politisch stabiles und geeintes Westeuropa am ehesten in der Lage ist, evolutionäre Wandlungen von jener Art auszulösen, wie wir sie anstreben. Sollte die westeuropäische Einheit zerbröckeln und das System der Nationalstaaten neu entstehen, so verschwände damit ein Phänomen, das jetzt auf den Osten magnetische Anziehungskraft ausübt.

Selbst aus dieser kurzgefaßten Analyse geht klar hervor, daß wir uns im Grunde zwischen einem System europäischer Nationalstaaten und einer atlantischen Partnerschaft entscheiden müssen. Die Chancen einer atlantischen Union — oder Föderation — sind von vornherein gering, und zwar hauptsächlich deshalb, weil diese Alternative bei den Europäern zur Zeit so wenig Anklang findet. Es ist jedoch anzumerken, daß später einmal das Interesse an der atlantischen Partnerschaft durchaus mit dem Interesse an einer atlantischen Union zusammenfallen kann. Im Begriff der atlantischen Partnerschaft liegt nichts, was den dereinstigen Zusammenschluß eines vereinigten Europas mit den Vereinigten Staaten ausschloße.

Mag man also die Politik der atlantischen Partnerschaft für richtig halten, so ist es doch eine Politik, die im Augenblick nicht vom Fleck kommt. Es gibt praktisch keinen europäischen Partner. Die Amerikaner sind sich der Tatsache sehr genau bewußt, daß die Welt nicht stillsteht und wartet, bis die atlantischen Nationen ihre Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Sie sind ein ungeduldiges Volk und gehen an die Außenpolitik etwa mit der gleichen Einstellung heran, die sie veranlaßt, zwei Jahre alte Autos umzutauschen. Je älter eine Politik, desto verdächtiger ist sie. Aber am verdächtigsten ist eine alte Politik, die offenbar zu keinen Ergebnissen führt. Diese gefühlsmäßige Reaktion steht in starkem

Widerspruch zur Geschichte großer politischer und sozialer Ideen. Alle Bewegungen, die das Denken der Menschen oder die Ordnung ihrer Angelegenheiten von Grund auf verändert haben, mußten harten Widerstand und große Trägheit überwinden.

Eines von zahllosen Beispielen, die diesen Satz bestätigen, ist die Zähigkeit, mit der Cavour die Einigung Italiens betrieb. Von den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an nahm eine Generation von Italienern eine Aufgabe in Angriff, deren Lösung erdrückend schwer, wenn nicht hoffnungslos erscheinen mußte. Cavour war ent-

schlossen, die ausländische Herrschaft abzuschütteln und die kleinen Regionalstaaten zu einem einheitlichen, unabhängigen Italien zusammenzuschließen. Der Aufstand Mazzinis von 1833 scheiterte; ebenso der Aufstand des Jungen Italiens von 1834; die sardinischen Streitkräfte wurden 1848 und 1849 geschlagen; erst 1860 wendete sich das Blatt. Im März 1861 trat das erste italienische Parlament zusammen und proklamierte das Königreich Italien. Drei Monate später starb Cavour. Um die Richtigkeit einer auf lange Sicht berechneten Politik zu beurteilen, braucht man feinere Kriterien; unmittelbare Resultate reichen nicht aus.

Zukünftige Möglichkeiten im Auge behalten

Es bleibt jedoch eine Tatsache, daß die Politik der atlantischen Partnerschaft im Augenblick stagniert. Was ist zu tun? Sicherlich bedarf es der Klarheit über die „strategische Richtung“. Bei Regierungsbeamten und Privatleuten, die ihre eigenen Entscheidungen zu treffen haben, sollte darüber nie ein Zweifel aufkommen dürfen. Diese strategische Richtung wird in periodischen Erklärungen gewiesen, zum Beispiel in Präsident Johnsons Rede vom 7. Mai 1965 und im Johnson-Erhard-Kommuniqué nach dem Treffen der beiden Staatsmänner in Washington im Dezember 1965. Aber daneben ist es auch wichtig, wie Amerikaner und Europäer mit den Problemen des Augenblicks fertig werden. Ein Beispiel: Trotz der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Verhandlungen der Kennedy-Runde haben die Amerikaner und andere Diskussions Teilnehmer eingesehen, daß die EWG zunächst ihre eigenen Angelegenheiten regeln muß, ehe ernsthafte Gespräche wiederaufgenommen werden können. Zugleich hat Amerika erkannt, daß die EWG für diese Verhandlungen entscheidend ist und als Einheit behandelt werden muß.

Als zweites Beispiel kann das Problem der europäischen Nuklearbewaffnung dienen, gleichgültig, wie es schließlich gelöst werden mag. Europäischen Wünschen nachkommend, haben sich die Vereinigten Staaten bereit erklärt, in jeden dereinst zustande kommenden Plan eine „Europa-Klausel“ aufzunehmen. Diese Klausel soll sicherstellen, daß gewisse Wahlmöglichkeiten offenbleiben. Ohne Voraussagen über die Organisation Europas zu machen oder auch nur amerikanische Wünsche

in dieser Hinsicht anzudeuten, würde die Klausel besagen: „Wenn zu irgendeinem künftigen Zeitpunkt ein vereinigtes Europa entsteht, das fähig ist, grundlegende Entscheidungen über Krieg und Frieden zu fällen, dann soll das, worüber wir uns jetzt geeinigt haben, der Überprüfung und neuerlichen Verhandlungen im Lichte dieser fundamentalen Veränderungen unterworfen sein.“ Amerika sollte also Augenblicksprobleme, wenn es kann, so behandeln, daß dadurch seine strategischen Ziele gefördert werden; ist das nicht möglich, dann sollte es wenigstens keine Möglichkeiten verbauen, die offenzuhalten sowohl die Amerikaner als auch die Europäer wünschen.

Man kann die Frage aufwerfen, ob das Ziel der atlantischen Partnerschaft nicht zu weitgespannt sei. Kühnheit in den reinen Wissenschaften ist heutzutage für uns etwas Selbstverständliches, aber wir zögern, in unserem politischen Verhalten ebensolche Kühnheit an den Tag zu legen. Allgemein wird die Meinung vertreten, große politische Veränderungen seien nur möglich unter dem Druck der Umstände oder in Zeiten akuter, handgreiflicher Gefahr. Ich bestreite diese Ansicht. Aber selbst angenommen, für politische Neuerungen bedürfte man der Gefahr als Ansporn, dann haben wir ja Gefahr im Überfluß, mag sie auch nicht immer in eindeutiger Gestalt auftreten. Richtig begriffen, müßte sie den Anstoß zur Entwicklung neuer, schöpferischer und lebensfähiger politischer Ideen geben. Ein Rahmen, in dem solche Ideen Gestalt annehmen könnten, ist die keimhafte Konzeption einer atlantischen Partnerschaft.

Die Idee der europäischen Einheit ist nicht mehr auszurotten

Statt Spekulationen anzustellen und Hoffnungen nachzuhängen, habe ich versucht, Tatsachen und grundlegende Interessen aufzuzeigen. Aber die wichtigste „Tatsache“ ist doch vielleicht die Zähigkeit, mit der der europäische Geist am Traum von der Einheit festhält. Ideen, die zu tiefen politischen Wandlungen führen, sind gewöhnlich einfach und leicht zu verstehen. Die Einigung Europas ist solch eine Idee. Die Amerikaner sollten in aller Besonnenheit dieses Empfinden richtig würdigen; sie sollten erkennen, daß die Idee der Einheit die Europäer fest in ihrem Bann hält, und sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß die neuen europäischen Institutionen arbeiten, daß sie begonnen haben, den Anforderungen komplexer Industriegesellschaften gerecht zu werden.

Diese Schlußfolgerungen helfen freilich nicht viel zur Voraussage des Zeitpunkts und des Charakters künftiger Schritte. Nicht einmal die eifrigsten Europäer äußern sich optimistisch

oder klar über die nähere Zukunft. Eine Perspektive tut not. Die Europäer sind heute und morgen — und hoffentlich übermorgen in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten — damit beschäftigt, politisches Neuland zu erkunden. Sie sind auf der Suche nach neuen Methoden, mit den Wirklichkeiten ihrer eigenen politischen Welt fertig zu werden — Methoden, die den Bedürfnissen und Interessen ihrer Völker entsprechen. Mit der Formel von der „atlantischen Interdependenz“ erkennt Amerika an, daß die alten Formen nicht mehr ausreichen und daß es bereit ist, neue Beziehungen ins Auge zu fassen. Es ist für mich unvorstellbar, daß die amerikanische Nation mit ihrer Begabung für das politische Denken und ihrer Tradition erfolgreicher politischer Neuerungen nicht ihren Mann stehen sollte, wenn ihr ein geeintes Europa gegenübertritt, das fähig und bereit ist, gemeinsam mit ihr die vor uns liegenden Aufgaben anzupacken.

Zukunftsprobleme Chinas

Mangelhafte Informationen über China

Über keines der großen politischen Systeme der Gegenwart besitzen wir so geringe zuverlässige Kenntnisse wie über das des kommunistischen Chinas. Dabei müssen wir auf Grund unserer heutigen Vorstellungen vom Charakter und von der Dynamik des chinesischen Volkes Entscheidungen fällen, die unsere Diplomatie und vor allem unsere militärischen Anstrengungen auf Jahre hinaus prägen werden. Es kann nicht ausbleiben, daß wir in Abstraktionen und grobe Verallgemeinerungen verfallen.

Freilich kann Peking nicht alles hinter der Mauer der Geheimhaltung verbergen. Geübte Beobachter, die das Verhalten der Chinesen Jahre hindurch kritisch verfolgen, vermögen hin und wieder unser Bild zu berichtigen. Viel kann man zusammentragen, wenn man die von Peking verbreiteten Meldungen studiert, zwischen den Zeilen der chinesischen kommunistischen Presse liest und in Hongkong Personen befragt, die verschiedene Teile des Festlands aus eigener Anschauung kennen. Die Gefahr ist nur, daß solche vereinzelt Informationen bei unseren Versuchen, das viel-

schichtige Phänomen des chinesischen Kommunismus zu deuten, ein Gewicht erlangen, das ihnen nicht zukommt. Unser China-Bild wird durch die Existenz des Bambusvorhangs in gewissem Grade verzerrt, daran ist nichts zu ändern.

Aber nicht nur Mangel an Tatsachenwissen erschwert den Versuch, die Realitäten der politischen Entwicklung Chinas zu erfassen, noch schwieriger ist das Problem, geeignete Maßstäbe zur Beurteilung des chinesischen Verhaltens zu finden. In welchen größeren historischen Zusammenhang müssen wir das kommunistische China stellen, um einen klareren Begriff von seinem gegenwärtigen Entwicklungsstadium zu bekommen? Was können wir mit einiger Sicherheit über seine Zukunftsperspektiven auf längere Sicht mutmaßen? Und wenn wir unsere eigenen politischen Reaktionen erwägen: mit welchem Grad von Fatalismus sollen wir der Gletscherbewegung der Chinesen zusehen, die gestern schwach und desorganisiert waren, heute aber geeint sind und Ansprüche geltend machen; die heute ein Viertel der Weltbevölkerung ausmachen und morgen die Hälfte sein werden?

Gesichtspunkte zur Beurteilung Chinas

Man kann die chinesische Wirklichkeit unter mehreren Gesichtspunkten betrachten. Sollen wir, beispielsweise, China als ein Entwicklungsland der afro-asiatischen Welt ansehen, das sich im Übergangsstadium zwischen traditioneller Ordnung und Modernität befindet? Wenn ja, dann können wir die chinesischen Erfahrungen mit denen anderer unterentwickelter Länder wie Indien, Indonesien und Ägypten vergleichen. Diese Betrachtungsweise würde jedoch eher dem China von 1910, 1920 oder auch noch 1930 gerecht. In den sechziger Jahren hat China, wie es scheint, alle anderen unterentwickelten Länder, die wir kennen, hinter sich gelassen. Zwar hat es seine ungeheuren Probleme noch keineswegs gemeistert, aber es segelt jetzt auf Meeren, für die es noch keine Seekarten gibt.

Der Fall China liegt auch insofern etwas anders, als es sich hier um die politische Entwicklung eines Landes handelt, das einst eine

der großen Weltkulturen repräsentierte. Sollen wir China im Zusammenhang mit seiner historischen Vergangenheit sehen und die gegenwärtige Phase als Übergang aus einer Zeit der Wirren zu einer Zeit der Stabilität und Ordnung unter einer neuen Dynastie deuten? Oder bricht China gänzlich mit seiner bisherigen Geschichte und schafft eine Kultur ganz neuen Typs? Wie behandeln wir die Probleme der Kontinuität und des Wandels? Diese Fragen stellen heißt erkennen, wie schwierig es ist, eine tragfähige Grundlage für die Analyse der augenblicklichen Tendenzen der politischen Entwicklung Chinas zu gewinnen.

Eine andere Möglichkeit ist die, China als ein kommunistisches System zu betrachten, als ein Land im Griff einer totalitären Ordnung. Damit erheben sich wieder viele neue Fragen; denn wir wissen nicht, wie stark die Kraftquellen dieses Herrschaftssystems sind,

und ebensowenig wissen wir von den Kräften, die es mit der Zeit vielleicht abtragen werden. Wenn wir uns ausschließlich auf die kommunistischen Aspekte der Entwicklung des Landes konzentrieren, können wir auch die spezifisch chinesischen Qualitäten aus dem Auge verlieren. Natürlich ist es verlockend, einen systematischen Vergleich zwischen dem chinesischen und dem russischen Kommunismus anzustellen; aber um diese Aufgabe zu lösen, ohne in Oberflächlichkeit zu verfallen, ist gründliche Kenntnis beider Länder und beider Systeme erforderlich.

Selbst wenn wir umfassendere historische Fragen zunächst beiseite lassen und uns auf die gegenwärtigen kurzfristigen Tendenzen beschränken, stehen wir immer noch vor vielen Problemen, weil wir keine ausreichenden Informationen und keinen gesicherten Stand-

Das „Vernunft-Modell“

Zahlreiche Klischeevorstellungen von dem Peking-Regime bieten sich uns an, und jedes enthält ein Körnchen Wahrheit. Zu einem Ganzen zusammengesetzt, ergäben diese Klischees ein Bild voller Widersprüche. Wir sähen ein Regime vor uns, das jetzt rücksichtslos Gewalttaten begeht und im nächsten Augenblick vorsichtig und geduldig manövriert.

Ignorieren wir jedoch die Klischees und holen uns Rat bei Fachleuten, die die Entwicklung Chinas während des letzten Jahrzehnts ständig beobachtet haben, so ergibt sich ein etwas anderes Bild; das China, das man uns zeigt, scheint ausgeglichener, konsequenter zu sein. Je mehr wir unsere Aufmerksamkeit auf die bescheidenen, aber anhaltenden Fortschritte im Innern konzentrieren, desto mehr verlieren die Extreme des chinesischen Verhaltens an Bedeutung. China scheint dann ein planendes Regime zu haben, das auf mehr oder weniger intelligente Weise versucht, allmählich die Grundlage für nationale Einheit und Stärke zu schaffen. Wir wollen dieses Bild vom kommunistischen China das „Vernunft-Modell“ nennen. Seine Anhänger neigen zu der Ansicht, daß die Führer in Peking zwar Fehler gemacht und viele Torheiten begangen haben, daß sie aber lernen können und keine Verrückten sind. Der Grundgedanke des Vernunft-Modells lautet: Die chinesischen Führer lassen sich von der kommunistischen Ideologie, wenn sie diese frischfröhlich befolgen, mitunter zu bösen und dummen Handlungen hinreißen; wenn aber die

punkt zur Einschätzung des Verhaltens der Chinesen haben. Bis zu welchem Grade sollen wir die chinesischen Kommunistenführer für aggressiv, leichtfertig und verantwortungslos halten? (Die Russen möchten uns glauben machen, daß sie es sind.) Wieweit sollen wir sie — was der Große Sprung nahelegt — als irre Fanatiker ansehen? Wieweit sollen wir in ihnen nüchterne, geschickte Lenker ihrer Gesellschaft erblicken, als die sie in der Phase der Erholung von den Torheiten des Großen Sprungs erscheinen? Wie ernsthaft sollen wir ihnen die Fähigkeit zutrauen, die Hand nach den unterentwickelten Gebieten Afrikas und Lateinamerikas auszustrecken und dort revolutionäre Bewegungen zu entfachen? Wieweit von ihren Ankündigungen sollen wir als Prahlerei abtun? In welchem Maße müssen wir ihre Fortschritte in letzter Zeit als wirklichen Machtzuwachs werten?

Doktrin nicht die Oberhand gewinnt, dann verhalten sie sich hervorragend intelligent, geschickt und klug. Durch diese scharfe Trennung von Ideologie und Rationalität nach Art von Jekyll und Hyde *) isoliert das Vernunft-Modell die schockierendsten chinesischen Handlungen und tut sie gewissermaßen als Verirrungen ab.

Nach dieser Ansicht bekennt sich das Regime uneingeschränkt zur marxistisch-leninistisch-maoistischen Lehre, strebt nach größtmöglicher Ausweitung seines Einflusses, treibt die sozialistische Revolution voran und arbeitet am Aufbau der nationalen Macht Chinas; es verfolgt aber diese Ziele im wesentlichen auf vernünftige Weise und ist nicht bereit, übermäßige Risiken einzugehen.

Dieses Bild vom kommunistischen China, das Ergebnis einer gründlichen Untersuchung der inneren Entwicklung, ist stark beeinflußt von Urteilen über die Perspektiven der chinesischen Wirtschaft. Es geht vor allem davon aus, daß die Chinesen im wirtschaftlichen Bereich nicht hexen können und auf die bescheidenen Gewinne angewiesen sind, die sich bei einem Wachstum nach den Regeln der Zinseszinsrechnung ergeben. Am Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es nichts zu deuteln; begreiflicherweise können wir daher die wi-

*) In der Erzählung *The Strange Case of Dr. Jekyll and Mr. Hyde* von Robert Louis Stevenson gehen die guten und die bösen Charakterzüge einer Menschen auf magische Weise Gestalt in zwei verschiedenen Personen (Anm. d. Übers.).

schaftlichen Möglichkeiten Chinas leichter realistisch einschätzen als die politischen. Da die Grenzen dessen, was die chinesische Wirtschaft erreichen kann, ziemlich genau abgesteckt sind, ist man versucht anzunehmen, die politische Entwicklung Chinas werde analog verlaufen. Man übersieht dabei, daß die ökonomischen Möglichkeiten enger begrenzt sind als die politischen.

Das Vernunft-Modell spiegelt wahrscheinlich auch die Rationalität und Nüchternheit der Analytiker wider, die es konstruiert haben. In ihrem Streben nach Verständnis dessen, was die Chinesen getan haben und vermutlich tun werden, suchen sie zwangsläufig nach vernünftigen Erklärungen; und wenn sie versuchen, sich in die Lage der chinesischen Führer zu versetzen, ist ihnen zwar völlig klar,

daß sie sich die mutmaßlichen Werte und die ideologische Sehweise der Kommunisten zu eigen machen müssen, aber es fällt ihnen schwer, gleichzeitig ihre eigenen Begriffe von pragmatischem Denken und gesundem Menschenverstand beiseite zu lassen.

Vor allem ist das Vernunft-Modell Ausdruck der Tatsache, daß sich die Erfüllung normaler Tendenzen leichter voraussehen läßt als das Außergewöhnliche. Obwohl die letzten fünfzehn Jahre voll von unerwarteten Handlungen der Chinesen waren, besteht deshalb die Neigung, für die Zukunft mit einem normaleren China zu rechnen. Zum Beispiel erschien vor dem chinesischen Angriff auf Indien ein solcher Akt nicht wahrscheinlich. Ebenso schwierig war es, etwas so Extremes wie den „Großen Sprung“ vorherzusehen.

Labile Situation macht Veränderungen wahrscheinlich

Trotz dieser Einschränkungen spricht vieles für das Vernunft-Modell des chinesischen Kommunismus; man kann die Möglichkeit extremer Entwicklungen durchaus einräumen, die Aufmerksamkeit aber auf die normale politische Entwicklung konzentrieren, die mit dem wirtschaftlichen Aufbau Hand in Hand gehen könnte. Zugegeben, diese Betonung der Rationalität hat etwas Künstliches, da kein politisches System besonders rational ist; immerhin ist es ein nützliches Mittel, die bombastische Sprache, die die Chinesen so gern gebrauchen, auf gewöhnliches Maß zurückzuführen und uns die engen Schranken der chinesischen Macht ins Gedächtnis zu rufen. Das Vernunft-Modell würde noch zutreffender erscheinen, wenn China in Vietnam einen Rückschlag erlitt, nach einer fast ununterbrochenen Serie von außenpolitischen Niederlagen also eine weitere Enttäuschung erlebte.

Wenn wir für den Augenblick irgendeine Variante dieses Modells als brauchbares, annähernd richtiges Bild des politischen Entscheidungsprozesses in China gelten lassen, tun wir trotzdem gut daran, auf unerwartete Ver-

änderungen gefaßt zu sein. Zur Zeit ist es in China auf innenpolitischem Gebiet verhältnismäßig ruhig, aber es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Flaute auf unabsehbare Zeit anhalten wird. In der Vergangenheit war der Rhythmus des chinesischen politischen Lebens eine fast rasende Fortbewegung von einem Trauma zum nächsten. Die augenblickliche Atempause ist daher keineswegs normal.

Auch verschiedene Züge der gegenwärtigen Situation deuten darauf hin, daß sich das Regime in einem labilen Zustand befindet und daß mit Veränderungen irgendwelcher Art fast sicher zu rechnen ist. Bedeutsame Veränderungen für wahrscheinlich zu halten, heißt durchaus nicht, den Zusammenbruch des herrschenden Systems zu prophezeien. Der Kommunismus wird nicht durch ein Wunder aus dem größten Land der Welt verschwinden. Das kommunistische China wird bestehen bleiben, aber sein Aussehen wird sich sicherlich sehr verändern. Einige der Faktoren, die zu der jetzigen unstabilen Lage beitragen, wollen wir uns nun näher ansehen.

Überalterung der Führungsspitze

Der erste und augenfälligste Grund, wichtige Veränderungen in China zu erwarten, ist das hohe Alter der Mitglieder der Führungsgremien. Mao Tse-tung selbst ist nicht nur alt; er ist auch gesundheitlich nicht auf der Höhe. Es gibt viele Anzeichen, daß das System im Laufe des letzten Jahres an Schwungkraft verloren hat, und zwar einfach deshalb, weil die

Beschlußfassung an der Spitze so schleppend vor sich ging. Doch nicht nur Mao wird in absehbarer Zeit von der Bühne abtreten; die ganze oberste Führung gehört im wesentlichen der gleichen Generation an. Keine andere Regierung der Welt ist in den Händen einer Gruppe so alter Männer. Das Durchschnittsalter im Politbüro beträgt 68 Jahre. Zahlreiche

Spitzenposten müsse in absehbarer Zeit neu besetzt werden.

Es fällt auf, wie klar sich die Pekingener Führung der Tatsache bewußt ist, daß ihre Generation demnächst abtreten wird. Seit dem Tode Stalins und den radikalen Veränderungen, die die Chruschtschow-Ära in Rußland mit sich brachte, hat sich Mao unverhohlen bemüht, Vorsorge zu treffen, daß China bei seinem Tode nicht einen ähnlichen Kurswechsel vornimmt. Der Gedanke an die persönliche Sterblichkeit hat einen Personenkult um Mao hervorgebracht, der inzwischen wohl die gleichen Ausmaße erreicht hat wie einst der Stalin-Kult; und Sorge um die ideologische Standhaftigkeit hat die Weisung diktiert, daß die Mehrheit der Bevölkerung zweimal wöchentlich an Schulungszirkeln über die Lehren Maos teilnehmen muß. Trotz dieser heroischen, aber im Grunde rührenden Anstrengungen Maos, die Herrschaft seiner Ideologie zu festigen, wissen er und die Männer um ihn, daß vieles,

was das heutige chinesische System kennzeichnet, verschwinden wird, wenn die Generation des „Langen Marsches“ einmal nicht mehr da ist. Die derzeitige Stimmung der Pekingener Führer offenbarte eine Äußerung von Tschao Han: „Die Alten sagten: ‚Ein altes Pferd, das im Stalle liegt, möchte tausend Li am Tage laufen, und ein Held ist an seinem Lebensabend voll Ehrgeiz.‘ Diese Worte müssen wir uns zum Ansporn dienen lassen.“ *)

Wir sollten immer bedenken: Gerade weil es so schwer ist, den Einfluß einzelner Persönlichkeiten auf den Gang der Geschichte zu bestimmen, verfallen scharfsinnige Analytiker oft in den Fehler, die Bedeutung unpersönlicher sozialer und wirtschaftlicher Faktoren zu überschätzen. In den letzten Jahren haben wir jedoch in einem Land nach dem anderen erlebt, wie ein Wechsel in der obersten Führung meist tiefgehende Veränderungen im politischen System zur Folge hatte.

Mögliche Auswirkungen eines Führungswechsels

Es hat keinen Zweck, hier Vermutungen darüber anzustellen, wer die neuen Führer sein werden und welche Politik sie treiben werden. Wir können uns darauf beschränken, eine Hypothese zu äußern, nämlich: Die einzigartige Stabilität, welche die Pekingener Führungsspitze in den letzten Jahren aufwies — und die ihre Quelle im gemeinsamen Erlebnis des Aufstiegs des chinesischen Kommunismus und in der Kameradschaft des „Langen Marsches“ hat —, wird in einer neuen Generation nicht fort dauern. Wenn Mao und seine Gruppe abgetreten sind, wird es voraussichtlich wachsende Schwierigkeiten bereiten, die Stabilität an der Spitze aufrechtzuerhalten. Spannungen und Konflikte werden zutage treten, und der Konkurrenzkampf um größeren Einfluß wird offener geführt werden. Solche Spannungen sind typisch für chinesische Organisationen; es hat sie im politischen Leben Chinas immer gegeben. Bis jetzt sind die Führerstellung Maos und die relative Macht der anderen Mitglieder des Politbüros unbestritten. Aber der Zustand, daß der Einfluß bestimmter Personen als angemessen anerkannt ist, wird aufhören, wenn die Führer der nächsten Generation sich im Wettbewerb untereinander zu bewähren haben.

Diese potentielle Uneinigkeit dürfte schwerwiegende Auswirkungen auf die gesamte chinesische Gesellschaft haben. Das chinesische Volk ist auf ein solches Schauspiel überhaupt nicht vorbereitet, und nach allem, was wir

über sein Verhältnis zur Obrigkeit wissen, wird es vermutlich äußerst bestürzt sein, bei seinen Führern ein so ungehöriges Verhalten feststellen zu müssen. Die Folge könnte sein, daß es die Achtung vor den Führern verliert, daß sich Zynismus breitmacht und daß das Vertrauen zum System stark nachläßt.

Ein weiterer Grund für Unstabilität im Gefolge eines Führerwechsels liegt darin, daß fünfzehn Jahre lang so wenig dafür getan worden ist, das Herrschaftssystem zu institutionalisieren und in geordnete Formen zu bringen. Noch heute werden die Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte in China in außerordentlich hohem Umfang auf halbrevolutionäre Weise betrieben. Man verläßt sich weitgehend auf spezielle Kampagnen und Aktionen sowie auf den persönlichen Arbeitseifer der einzelnen Kader. Obwohl eine ungeheure Bürokratie existiert, werden selbst alltägliche Angelegenheiten selten in regulären bürokratischen Formen behandelt. Offenbar fehlt den Chinesen die Fähigkeit, etwas ruhig und wirksam zu erledigen; sie machen noch reichlich Gebrauch von totaler Mobilisierung. Diese wiederum erfordert intensive Propaganda, die auf dem Anschein der Einmütigkeit beruht. Diesen Anschein zu schaffen, wird natürlich schwierig sein, wenn Anzeichen oder Gerüchte

*) „Das revolutionäre Wesen des Proletariats für immer bewahren! Beim Wiederlesen von ‚Wie man ein guter Kommunist wird‘“, *Rote Fahne*, 4. Februar 1964.

auf Uneinigkeit im Zentrum hindeuten. Aus diesen und anderen Gründen kann man annehmen, daß das chinesische System noch nicht

stabil oder institutionalisiert genug ist, um einen großen Führungswechsel ohne bedeutende Strukturveränderungen zu überstehen.

Ungelöste innenpolitische Probleme

Ein zweiter Grund, mit radikalen politischen Veränderungen in China zu rechnen, ist folgender: In den letzten Jahren hat sich die Peking-Führung fast ausschließlich mit einigen wenigen Problemen beschäftigt; dadurch ist es zu einer gewissen Erstarrung im System gekommen, die nicht lange anhalten kann. Vor allem der chinesisch-sowjetische Streit hat die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Führer übermäßig in Anspruch genommen. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß Mao vom Kampf mit Chruschtschow und dessen Nachfolgern besessen war und ist; infolgedessen haben viele innenpolitische Probleme keine ausreichende Beachtung seitens der obersten Führer gefunden. Es ist nicht nur eine Frage des Zeitdrucks: der chinesisch-sowjetische Konflikt hat auch die Möglichkeiten zu einem elastischen Vorgehen in der Innenpolitik erheblich vermindert. Der Schein der Einmütigkeit war für die Chinesen wichtiger als die Wirklichkeit.

Das Regime konnte weiterfunktionieren, weil die Fachleute mit großem Eifer an den ihnen übertragenen Aufgaben gearbeitet haben. Es ist aber beispielsweise ungewöhnlich, daß ein kommunistisches System über sechs Jahre lang ohne Fünfjahrplan wirtschaftet. Auch auf dem Gebiet der Volksbildung stehen wichtige Entscheidungen aus, die beträchtliche Auswirkungen auf die Verteilung der Mittel haben wer-

den. Nahezu drei Jahre lang ist in China kein einziges neues Klassenzimmer gebaut worden, und die heutigen Bauleistungen sind im Vergleich zur Wachstumsrate der Bevölkerung geringfügig. Auf vielen Gebieten gibt es in der Entwicklung erhebliche regionale Unterschiede. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser Zustand die ausdrückliche Billigung der Spitze hat.

Viele der Entscheidungen, die in den vergangenen Jahren, fast könnte man sagen, durch Nicht-Entscheiden getroffen worden sind, werden zwangsläufig früher oder später überprüft werden müssen; es wird dann nötig sein, wesentliche Fragen neu und unvoreingenommen zu durchdenken. Geschieht dies, so kommt es wahrscheinlich zu Spannungen unter den Kadern, denen abverlangt wird, eine andere Tätigkeit aufzunehmen und eine neue Rangordnung der Aufgaben anzuerkennen. Überhaupt ist damit zu rechnen, daß sich, wenn die zentrale Leitung gestrafft wird, die uralten chinesischen Probleme der bürokratischen Kontrolle und der Konflikte zwischen Zentrum und Lokalbehörden verschärfen werden. Im ersten Jahrzehnt schien das Regime bei der Überwindung des Regionalismus stetige Fortschritte zu machen, aber in den letzten Jahren haben sich bestimmte latente Formen der Autonomie in das System eingeschlichen.

Außenpolitische Scheinerfolge

Ein dritter Punkt, der das Vernunft-Modell angreifbar erscheinen läßt, ist die chinesische Außenpolitik. Zwar liegt es nahe, darauf hinzuweisen, daß die Chinesen in den letzten Jahren bemerkenswerte außenpolitische Erfolge erzielt und an Einfluß im Ausland gewonnen haben, besonders in Südostasien, Afrika und auch Lateinamerika. In Wirklichkeit entsprang jedoch ein Großteil dieser Aktivität nur dem chinesisch-sowjetischen Konflikt. Die außenpolitischen Erfolge Chinas waren weniger auf seine eigene Macht zurückzuführen als vielmehr darauf, daß andere die Existenz eines revolutionären Chinas in der Welt praktisch fanden. Der chinesische Einfluß hat auch keine festen Grundlagen und kann in den kommenden Jahren leicht in Gefahr kommen, sich wieder zu verflüchtigen.

Der Tatsache, daß sie im Laufe des Konflikts mit der Sowjetunion Einfluß auf ein paar kommunistische Parteien hier und da in der Welt gewonnen haben, messen die Chinesen eine unrealistisch hohe Bedeutung bei, und sie machen sich in diesem Punkt wohl Illusionen. Es ist ihnen in gewissem Grade gelungen, die Russen in Verlegenheit zu bringen und die Position Moskaus in Frage zu stellen. Es wäre aber falsch, diese Vorgänge als Beweise für chinesische Macht oder Schlaueit zu deuten. Viele kommunistische Staaten oder Parteien haben lediglich deshalb ihre Sympathie — wenn nicht Solidarität — mit der chinesischen Position zum Ausdruck gebracht, weil sie dies als ein nützliches Mittel erkannten, sich größere Autonomie innerhalb der kommunistischen Bewegung zu verschaffen.

Spitzenposten müsse in absehbarer Zeit neu besetzt werden.

Es fällt auf, wie klar sich die Pekinger Führung der Tatsache bewußt ist, daß ihre Generation demnächst abtreten wird. Seit dem Tode Stalins und den radikalen Veränderungen, die die Chruschtschow-Ara in Rußland mit sich brachte, hat sich Mao unverhohlen bemüht, Vorsorge zu treffen, daß China bei seinem Tode nicht einen ähnlichen Kurswechsel vornimmt. Der Gedanke an die persönliche Sterblichkeit hat einen Personenkult um Mao hervorgebracht, der inzwischen wohl die gleichen Ausmaße erreicht hat wie einst der Stalin-Kult; und Sorge um die ideologische Standhaftigkeit hat die Weisung diktiert, daß die Mehrheit der Bevölkerung zweimal wöchentlich an Schulungszirkeln über die Lehren Maos teilnehmen muß. Trotz dieser heroischen, aber im Grunde rührenden Anstrengungen Maos, die Herrschaft seiner Ideologie zu festigen, wissen er und die Männer um ihn, daß vieles,

Mögliche Auswirkungen eines Führungswechsels

Es hat keinen Zweck, hier Vermutungen darüber anzustellen, wer die neuen Führer sein werden und welche Politik sie treiben werden. Wir können uns darauf beschränken, eine Hypothese zu äußern, nämlich: Die einzigartige Stabilität, welche die Pekinger Führungsspitze in den letzten Jahren aufwies — und die ihre Quelle im gemeinsamen Erlebnis des Aufstiegs des chinesischen Kommunismus und in der Kameradschaft des „Langen Marsches“ hat —, wird in einer neuen Generation nicht fort dauern. Wenn Mao und seine Gruppe abgetreten sind, wird es voraussichtlich wachsende Schwierigkeiten bereiten, die Stabilität an der Spitze aufrechtzuerhalten. Spannungen und Konflikte werden zutage treten, und der Konkurrenzkampf um größeren Einfluß wird offener geführt werden. Solche Spannungen sind typisch für chinesische Organisationen; es hat sie im politischen Leben Chinas immer gegeben. Bis jetzt sind die Führerstellung Maos und die relative Macht der anderen Mitglieder des Politbüros unbestritten. Aber der Zustand, daß der Einfluß bestimmter Personen als angemessen anerkannt ist, wird aufhören, wenn die Führer der nächsten Generation sich im Wettbewerb untereinander zu bewähren haben.

Diese potentielle Uneinigkeit dürfte schwerwiegende Auswirkungen auf die gesamte chinesische Gesellschaft haben. Das chinesische Volk ist auf ein solches Schauspiel überhaupt nicht vorbereitet, und nach allem, was wir

was das heutige chinesische System kennzeichnet, verschwinden wird, wenn die Generation des „Langen Marsches“ einmal nicht mehr da ist. Die derzeitige Stimmung der Pekinger Führer offenbarte eine Äußerung von Tschao Han: „Die Alten sagten: ‚Ein altes Pferd, das im Stalle liegt, möchte tausend Li am Tage laufen, und ein Held ist an seinem Lebensabend voll Ehrgeiz.‘ Diese Worte müssen wir uns zum Ansporn dienen lassen.“ *)

Wir sollten immer bedenken: Gerade weil es so schwer ist, den Einfluß einzelner Persönlichkeiten auf den Gang der Geschichte zu bestimmen, verfallen scharfsinnige Analytiker oft in den Fehler, die Bedeutung unpersönlicher sozialer und wirtschaftlicher Faktoren zu überschätzen. In den letzten Jahren haben wir jedoch in einem Land nach dem anderen erlebt, wie ein Wechsel in der obersten Führung meist tiefgehende Veränderungen im politischen System zur Folge hatte.

über sein Verhältnis zur Obrigkeit wissen, wird es vermutlich äußerst bestürzt sein, bei seinen Führern ein so ungehöriges Verhalten feststellen zu müssen. Die Folge könnte sein, daß es die Achtung vor den Führern verliert, daß sich Zynismus breitmacht und daß das Vertrauen zum System stark nachläßt.

Ein weiterer Grund für Unstabilität im Gefolge eines Führerwechsels liegt darin, daß fünfzehn Jahre lang so wenig dafür getan worden ist, das Herrschaftssystem zu institutionalisieren und in geordnete Formen zu bringen. Noch heute werden die Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte in China in außerordentlich hohem Umfang auf halbrevolutionäre Weise betrieben. Man verläßt sich weitgehend auf spezielle Kampagnen und Aktionen sowie auf den persönlichen Arbeitseifer der einzelnen Kader. Obwohl eine ungeheure Bürokratie existiert, werden selbst alltägliche Angelegenheiten selten in regulären bürokratischen Formen behandelt. Offenbar fehlt den Chinesen die Fähigkeit, etwas ruhig und wirksam zu erledigen; sie machen noch reichlich Gebrauch von totaler Mobilisierung. Diese wiederum erfordert intensive Propaganda, die auf dem Anschein der Einmütigkeit beruht. Diesen Anschein zu schaffen, wird natürlich schwierig sein, wenn Anzeichen oder Gerüchte

*) „Das revolutionäre Wesen des Proletariats für immer bewahren! Beim Wiederlesen von ‚Wie man ein guter Kommunist wird‘“, *Rote Fahne*, 4. Februar 1964.

auf Uneinigkeit im Zentrum hindeuten. Aus diesen und anderen Gründen kann man annehmen, daß das chinesische System noch nicht

stabil oder institutionalisiert genug ist, um einen großen Führungswechsel ohne bedeutende Strukturveränderungen zu überstehen.

Ungelöste innenpolitische Probleme

Ein zweiter Grund, mit radikalen politischen Veränderungen in China zu rechnen, ist folgender: In den letzten Jahren hat sich die Peking-Führung fast ausschließlich mit einigen wenigen Problemen beschäftigt; dadurch ist es zu einer gewissen Erstarrung im System gekommen, die nicht lange anhalten kann. Vor allem der chinesisch-sowjetische Streit hat die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Führer übermäßig in Anspruch genommen. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß Mao vom Kampf mit Chruschtschow und dessen Nachfolgern besessen war und ist; infolgedessen haben viele innenpolitische Probleme keine ausreichende Beachtung seitens der obersten Führer gefunden. Es ist nicht nur eine Frage des Zeitdrucks: der chinesisch-sowjetische Konflikt hat auch die Möglichkeiten zu einem elastischen Vorgehen in der Innenpolitik erheblich vermindert. Der Schein der Einmütigkeit war für die Chinesen wichtiger als die Wirklichkeit.

Das Regime konnte weiterfunktionieren, weil die Fachleute mit großem Eifer an den ihnen übertragenen Aufgaben gearbeitet haben. Es ist aber beispielsweise ungewöhnlich, daß ein kommunistisches System über sechs Jahre lang ohne Fünfjahrplan wirtschaftet. Auch auf dem Gebiet der Volksbildung stehen wichtige Entscheidungen aus, die beträchtliche Auswirkungen auf die Verteilung der Mittel haben wer-

den. Nahezu drei Jahre lang ist in China kein einziges neues Klassenzimmer gebaut worden, und die heutigen Bauleistungen sind im Vergleich zur Wachstumsrate der Bevölkerung geringfügig. Auf vielen Gebieten gibt es in der Entwicklung erhebliche regionale Unterschiede. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser Zustand die ausdrückliche Billigung der Spitze hat.

Viele der Entscheidungen, die in den vergangenen Jahren, fast könnte man sagen, durch Nicht-Entscheiden getroffen worden sind, werden zwangsläufig früher oder später überprüft werden müssen; es wird dann nötig sein, wesentliche Fragen neu und unvoreingenommen zu durchdenken. Geschieht dies, so kommt es wahrscheinlich zu Spannungen unter den Kadern, denen abverlangt wird, eine andere Tätigkeit aufzunehmen und eine neue Rangordnung der Aufgaben anzuerkennen. Überhaupt ist damit zu rechnen, daß sich, wenn die zentrale Leitung gestrafft wird, die uralten chinesischen Probleme der bürokratischen Kontrolle und der Konflikte zwischen Zentrum und Lokalbehörden verschärfen werden. Im ersten Jahrzehnt schien das Regime bei der Überwindung des Regionalismus stetige Fortschritte zu machen, aber in den letzten Jahren haben sich bestimmte latente Formen der Autonomie in das System eingeschlichen.

Außenpolitische Scheinerfolge

Ein dritter Punkt, der das Vernunft-Modell angreifbar erscheinen läßt, ist die chinesische Außenpolitik. Zwar liegt es nahe, darauf hinzuweisen, daß die Chinesen in den letzten Jahren bemerkenswerte außenpolitische Erfolge erzielt und an Einfluß im Ausland gewonnen haben, besonders in Südostasien, Afrika und auch Lateinamerika. In Wirklichkeit entsprang jedoch ein Großteil dieser Aktivität nur dem chinesisch-sowjetischen Konflikt. Die außenpolitischen Erfolge Chinas waren weniger auf seine eigene Macht zurückzuführen als vielmehr darauf, daß andere die Existenz eines revolutionären Chinas in der Welt praktisch fanden. Der chinesische Einfluß hat auch keine festen Grundlagen und kann in den kommenden Jahren leicht in Gefahr kommen, sich wieder zu verflüchtigen.

Der Tatsache, daß sie im Laufe des Konflikts mit der Sowjetunion Einfluß auf ein paar kommunistische Parteien hier und da in der Welt gewonnen haben, messen die Chinesen eine unrealistisch hohe Bedeutung bei, und sie machen sich in diesem Punkt wohl Illusionen. Es ist ihnen in gewissem Grade gelungen, die Russen in Verlegenheit zu bringen und die Position Moskaus in Frage zu stellen. Es wäre aber falsch, diese Vorgänge als Beweise für chinesische Macht oder Schlauheit zu deuten. Viele kommunistische Staaten oder Parteien haben lediglich deshalb ihre Sympathie — wenn nicht Solidarität — mit der chinesischen Position zum Ausdruck gebracht, weil sie dies als ein nützliches Mittel erkannten, sich größere Autonomie innerhalb der kommunistischen Bewegung zu verschaffen.

Gewisse Erfolge erzielten die Chinesen auch bei der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu nichtkommunistischen Ländern in Asien und Afrika. Aber in den meisten dieser Fälle war es eher so, daß die anderen Länder China für ihre Zwecke einspannten, als daß China sie ausbeutete. Pakistan zum Beispiel findet es wegen seines Konflikts mit Indien nützlich, enge Verbindung mit Peking zu halten. Afrikanische Führer vermochten leicht ihr revolutionäres Image aufzupolieren, indem sie Tschou En-lai die Hand schüttelten, während sie eine Politik verfolgten, die durchaus nicht revolutionär war. Ein Nasser und selbst

ein König von Marokko können ihren Ruf als Revolutionäre durch bloßes Verhandeln mit den Chinesen festigen. Wenn aber die Chinesen versuchten, konkrete Ziele in Afrika und Lateinamerika zu erreichen, so stießen sie stets auf Schwierigkeiten; mehr noch, sie steckten eine Niederlage nach der anderen ein.

Eines Tages wird Peking genötigt sein, seine auswärtigen Beziehungen auf stabilere, dauerhaftere Grundlagen zu stellen. Dabei wird es zunehmendem Druck von seiten verschiedener Länder ausgesetzt sein und nicht mehr so leicht den unverantwortlichen Wortführer der Weltrevolution spielen können.

Vorrang der militärischen Rüstung

Eine andere mögliche Quelle traumatischer Veränderung in China ist der unbedingte Vorrang, den Peking der Modernisierung seines Militärwesens eingeräumt hat. Am drastischsten kommt dieser Vorrang natürlich in den Investitionen zur Erzeugung von Atomenergie für militärische Zwecke zum Ausdruck. Wir müssen die Zündung von zwei Atombomben als eindrucksvolle Leistung anerkennen. Erhebliche Teile der knappen Mittel wurden dafür zur Verfügung gestellt; Peking muß sich also bedeutenden Nutzen davon versprechen.

Chinas Investitionen auf militärischem Gebiet gelten jedoch durchaus nicht nur der Herstellung von Atombomben. Während der Wirtschaftskrise von 1959 bis 1962, als der industrielle Aufbau größtenteils zum Erliegen kam, fuhr das Regime fast ohne Unterbrechung fort, seine besten Fachleute und Arbeitskräfte in die Rüstungsproduktion zu stecken. Wie wir heute wissen, war China damals dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nahe. Um so bezeichnender ist es, daß die Regierung ein solches Risiko einging, um ein hohes Tempo der militärischen Entwicklung beizubehalten. In der Flugzeugindustrie, der Elektronik, der Entwicklung von Luftabwehrwaffen und vielleicht auch im Schiffs- und Unterseebootbau haben die Chinesen einige ihrer größten Erfolge erzielt.

Diese Investitionspolitik entspricht in gewissem Grade den Anschauungen eines Regimes, das mit militärischen Mitteln an die Macht gelangt ist, und einer Gesellschaft, in der militärische Gesichtspunkte bei fast allen politischen Vorgängen des letzten Jahrhunderts eine wichtige Rolle gespielt haben. Zugleich ist diese Politik ohne Zweifel eine Reaktion Pekings auf den Konflikt mit der Sowjetunion. Nachdem nämlich China während des Korea-

Krieges sein Militärwesen mit sowjetischer Hilfe rasch hatte modernisieren können, stand es nach Ausbruch des Konflikts vor der Gefahr, in dem einen Sektor, der als nahezu modern gelten konnte, wieder ins Hintertreffen zu geraten. Dem Militär absoluten Vorrang zu gewähren, mag für die Chinesen ein beinahe instinktives Verhalten sein; und vielleicht sollte uns das nicht überraschen.

Andererseits scheint sich ein erstes Mißverhältnis zwischen den Zuweisungen an das Militär und denen an andere Elemente der chinesischen Gesellschaft herauszubilden. Die Lage wird sich in den nächsten Jahren bestimmt noch weiter verschärfen, weil die Forderungen des Militärs steil ansteigen müssen, wenn China im militärtechnischen Wettlauf Schritt halten will. Die Streitkräfte beanspruchen für sich den Hauptteil dessen, was an Mehrleistungen aus der Volkswirtschaft herausgepreßt werden kann. Die derzeitigen Führer in Peking waren und sind im allgemeinen geneigt, diese Forderungen anzuerkennen. Aber wird dies auch für die neue Generation gelten, die vielleicht mehr technisch orientiert ist und weniger überzeugt davon, daß militärische Kräfte beim revolutionären Aufbau eine so große Rolle spielen? In diesem Falle könnte sich das Militär gedrängt fühlen, gemäß seinen eigenen Vorstellungen von nationalem Interesse zu handeln und zu versuchen, den dynamischen Geist der „chinesischen Revolution“ zu bewahren. Eine solche Meinungsverschiedenheit müßte nicht unbedingt zu einer dramatischen Auseinandersetzung führen. Es bleibt aber die grundlegende Frage, ob eine Gesellschaft innenpolitisch stabil sein kann, wenn die Zuweisungen an den militärischen und die an den zivilen Sektor in einem so groben Mißverständnis zueinander stehen.

Eine weitere Ursache bedeutsamer Veränderungen im kommunistischen China könnte in der Handhabung der Ideologie liegen. Schon seit einiger Zeit muß sich das Regime verschiedener Verwaltungsmaßnahmen bedienen, um die Bevölkerung ideologisch bei der Stange zu halten. In letzter Zeit versucht man, die ideologische Schulung zu bürokratisieren. 1964 zum Beispiel wurde mehreren Ministerien ein neuer Führungsstrang beigegeben, der speziell für ideologische Fragen zuständig ist. Durch diese organisatorische Maßnahme sind einige Züge des Politkommissar-Systems der Volksbefreiungsarmee auf zivile Einrichtungen übertragen worden. Teils gehört dieser Schritt zu der allgemeinen Kampagne „Lernt von der Volksbefreiungsarmee“, teils kommt darin Maos Bemühen zum Ausdruck, die revolutionäre Qualität seines Staatsapparates zu stärken. Aber darüber hinaus soll er das fundamentale Problem des Widerstreits zwischen politischer Loyalität und tatsächlicher Tüchtigkeit lösen helfen — ein Problem, das vielleicht einen Grundmangel des chinesischen Systems widerspiegelt.

Entscheidend ist dieses Problem nicht nur wegen der großen Bedeutung der Ideologie im kommunistischen System, sondern auch wegen des ungeheuren Bedarfs an fachlich geschulten Arbeitskräften. Die chinesischen Kommunisten haben einen eigenen Namen

dafür: sie nennen es das Problem „rot und Experte“ zu sein. Es ist unmöglich, hier das Auf und Ab in der relativen Machtstellung der beiden Gruppen während der letzten Jahre zu verfolgen. Es genüge die Feststellung, daß das Regime bis zum heutigen Tag noch keinen Weg gefunden hat, seine Ansprüche auf dem Gebiet der Ideologie mit seinem Bedarf an Fachleuten in zufriedenstellenden Einklang zu bringen.

In Rußland war dies in den ersten Jahren des Kommunismus ein ernstes Problem; in China wird es sich, wie es scheint, als noch schwieriger erweisen. Zunächst einmal ist die offizielle Macht heute so uneingeschränkt in den Händen der Ideologen, daß man sich schwer vorstellen kann, sie könnten ihren Anspruch auf totale Herrschaft freiwillig herabschrauben. In China gibt es keine vorrevolutionäre Tradition, fachliche Fähigkeiten zu respektieren und Spezialisten die ihnen gebührende Autorität unter der allgemeinen Kontrolle politischer oder administrativer Führungsinstanzen zuzuerkennen. Man neigte stets dazu, Autorität als etwas Monopolistisches, Totales und Undifferenziertes aufzufassen. Es ist deshalb für die Chinesen nicht leicht, sich eine Arbeits- und Autoritätsteilung zwischen dem ideologischen Wächter und dem technischen Spezialisten vorzustellen. Sie kommen bestenfalls auf den recht banalen Gedanken, daß man beides sein soll, rot und Spezialist.

Mangel an Fachleuten

In den Jahren 1963/64 vernahm man aus dem kleinen Kreis der chinesischen Wissenschaftler ein leises Murren — Ausdruck des Wunsches nach mehr Freiheit von ideologischer Einmischung. Einige Wissenschaftler erklärten, solchen Forschern, die in ihrem Spezialfach wirklich gut seien, müsse gestattet werden, sich weniger mit Ideologie zu befassen, während sich Nicht-Spezialisten mehr auf die Ideologie konzentrieren sollten. Die Bedeutung dieser kritischen Äußerungen ist schwer zu ermessen, und ebensowenig ist abzuschätzen, wieviel Macht die Wissenschaftler in den nächsten Jahren haben werden, berücksichtigt man den Bedarf des Systems an immer mehr technischen Talenten. Klar ist aber, daß hier ein Problem vorliegt, das heikel werden könnte. Nach dem Abtreten Maos und der kommunistischen Führer alten Schlages dürfte diese Frage drängender werden und mehr in den Vordergrund rücken, da dann die Ideologen nicht mehr die mystische Autorität Maos als Rückhalt haben werden.

Wie dem auch sei; jedenfalls ist es wahrscheinlich, daß China in einigen Jahren eine Art Krise erleben wird, weil es zugelassen hat, daß ein so großer Teil seiner begabten Menschen Tätigkeiten auf dem Gebiet der Propaganda und der ideologischen Lenkung aufgenommen hat.

In dieser Hinsicht bildet China einen bemerkenswerten Gegensatz zu Stalins Rußland. In der stürmischen Ära Rußlands mieden viele intelligente Menschen Politik und Parteiarbeit zugunsten der relativen Sicherheit technischer und wissenschaftlicher Berufe. In China ist paradoxerweise die persönliche Unsicherheit in der Parteilaufbahn nicht so groß, und außerdem ist hier die Bezahlung am höchsten. In diesem Punkt folgt China nicht dem Vorbild Rußlands, wo selbst unter einem Regime schwerer politischer Unterdrückung dem wissenschaftlich Begabten große Entfaltungsmöglichkeiten offenstanden. In China können aufgeweckte junge Leute, die vorwärtskommen

wollen, dies am ehesten durch politische Arbeit erreichen, und das um so mehr, als die Bezahlung in anspruchsvollen wissenschaftlichen Berufen gegenwärtig unangemessen niedrig ist. Die Diskriminierung, der Söhne von ehemaligen Grundbesitzern und Kapitalisten unterworfen sind, hat allerdings viele dieser jungen Leute genötigt, sich einer technischen oder wissenschaftlichen Tätigkeit zuzuwenden, aber diese Erscheinung kann die Kluft zwischen politischer Arbeit und Fachwissen nur vertiefen.

Es ist bemerkenswert, daß in China unterhalb der Schicht der höchsten Wirtschaftsführer äußerste Knappheit an fachlich gebildetem Per-

sonal herrscht. Hauptsächlich liegt das daran, daß die Generation der Fünfunddreißig- bis Fünfundvierzigjährigen durch den Krieg und die japanische Besetzung schwere Einbußen erlitten hat. Es besteht aber auch Anlaß zu der Frage, ob wenigstens jetzt genügend begabte junge Leute eine Fachausbildung erhalten, damit der künftige Bedarf gedeckt werden kann. Selbst nach den überhöhten chinesischen Angaben kommen weniger als 1,5 Prozent der Jugendlichen im Hochschulalter heute in den Genuß einer akademischen Bildung. Und angesichts des Systems „halb Unterricht, halb Arbeit“ ist die Qualität dieser Ausbildung zumindest fraglich.

Schwinden der revolutionären Mystik

Eine letzte Quelle potentieller Unstabilität in China ist das Schwinden der revolutionären Mystik. Regime und Volk müssen gleichermaßen lernen, ohne den freudigen Schwung zu leben, den ihnen früher ihre Träume gaben. Auf allen Ebenen mußten die Menschen ihre Hoffnungen auf Wunder aufgeben. Die Partei selbst erkennt jetzt an, daß man den Weg zur Umwandlung der Gesellschaft nicht abkürzen kann; der einzige Kurs ist harte Arbeit und allmähliche Verbesserung. Einst glaubte man, die Mystik des Kommunismus, die esoterischen Doktrinen des Marxismus-Leninismus und die Lehren Maos enthielten wunderwirkende Antworten auf Chinas Modernisierungsprobleme. Jetzt müssen sich die Chinesen mit der Aussicht auf ein langsames Wachstum nach Zinseszins-Gesetzen abfinden. Kurz, China ist in der gleichen Lage wie die ganze übrige Menschheit.

Daß die Glut der Revolution verblaßt, und mit ihr das Charisma auch der revolutionärsten Partei, ist ein natürlicher Vorgang und gilt für jede Gesellschaft. In China mag jedoch dieser Prozeß besondere Bedeutung erlangen, denn in den Anfängen haben die chinesischen Kommunisten die Rolle des menschlichen Geistes bei der Veränderung der Welt außerordentlich stark betont. Das hervorstechendste Kennzeichen des chinesischen Kom-

munismus war wohl sein Voluntarismus; der Glaube, daß fortschrittliche Kräfte — worunter man Menschen mit einer bestimmten Haltung verstand — den Gang der Geschichte in einem Maße beeinflussen könnten, das mit einer doch vorgeblich materialistischen und deterministischen Philosophie nicht zu vereinbaren ist. Es wird der chinesischen Führung nicht leicht fallen, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß Anstrengung und Ermahnung allein keine politische Entwicklung und kein schnelles wirtschaftliches Wachstum herbeiführen können.

Die Massenkampagnen und organisierten Aktionen, von denen in den ersten Jahren des Regimes so reichlich und einfallsreich Gebrauch gemacht wurde, haben inzwischen einen schweren psychologischen Tribut gefordert. Anzeichen deuten darauf hin, daß der chinesische Bauer und auch der städtische Arbeiter in seinen Reaktionen auf die Politik der Regierung zynischer und vor allem berechnender geworden ist. Die Menschen tun noch, was ihnen befohlen wird, und sie suchen noch innerhalb des Systems soviel Sicherheit wie möglich; aber der einzelne ist jetzt eher geneigt zu fragen, was für ihn persönlich herauspringt — er unterdrückt nicht mehr solche Überlegungen, wie das in den ersten Jahren im allgemeinen der Fall war.

Wünsche nach materiellen Verbesserungen

Dieser Wandel im Verhalten ist vielleicht eine der verhängnisvollsten Folgen des „Großen Sprungs“ und des Versuchs, in den Volksgemeinschaften das Prinzip der freien Verteilung einzuführen. Dieses Erlebnis zerstörte allen etwa in der Bauernschaft vorhandenen Opfer-

sinn und schuf ein schweres Problem des materiellen Anreizes. Viele Bauern begriffen sehr schnell, was sie umsonst bekommen konnten, und hatten es gar nicht eilig, etwas für das Kollektiv zu leisten. Als die Parteiführer dies erkannten, eröffneten sie eine öffentliche Dis-

kussion über Formen und Grundsätze des Arbeitsentgelts. Als die Diskussion in Gang gekommen war, fingen die Leute zu fragen an, warum der eine mehr Lohn erhalten solle als der andere, und ganz allgemein schärfte sich der Blick für Ungleichheiten und Ungechtigkeiten. Etwas ins Wanken geriet sogar die alte bäuerliche Einstellung, daß das Leben nun einmal hart sei und daß man arbeiten müsse, ohne zu fragen, weshalb Verwaltungstätigkeit besser bezahlt wird als Handarbeit. Diese und ähnliche Probleme wurden sowohl in wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften als auch in dörflichen Gruppen erörtert.

Das Bestreben, jedermann zu bewußterem Nachdenken über Produktion und Anreiz zu veranlassen, wirkt jetzt auf die Partei zurück, denn das Volk stellt Fragen nach dem Verhältnis von Produktion und Entlohnung. Was das Regime zwingt, weiterhin Getreide zu importieren, ist — neben Transportschwierigkeiten — vor allem die Tatsache, daß sich die Regierung nicht mehr ohne weiteres in der Lage sieht, Produktionsüberschüsse aus einem Gebiet abzuziehen und damit Gebiete zu versorgen, in denen Mangel an Nahrungsmitteln herrscht. Volkskommunen und Produktionsbrigaden, die eine Produktionssteigerung von, sagen wir, 10 Prozent erzielen, neigen jetzt zu der Ansicht, daß sie auch um 10 Prozent mehr verbrauchen dürften. Wenn ihnen die gesamte Mehrproduktion weggenommen würde, könnte dies leicht zu einem Rückgang der Erzeugung im nächsten Jahr führen.

Kurz, die ländliche Gesellschaft Chinas tritt in eine komplexe Phase ein; Fragen des Anreizes und Arbeitslohn werden ausgiebiger diskutiert als früher, wo es einfach ums Überleben, um die Überwindung nackter Not ging. In den Städten führt die zunehmende Spezialisierung zu wachsender Nachfrage nach Konsumgütern und allgemein zu dem Wunsch nach einem angenehmeren Leben. Die Städter achten zunehmend darauf, welche soziale Stellung und welches Einkommen mit den verschiede-

nen Berufen verbunden sind. Mit der Zeit löst sich die chinesische Gesellschaft aus dem Zustand, in den sie von den Kommunisten zum Zweck revolutionärer Umgestaltung gebracht worden ist.

Es mag indessen sein, daß die Chinesen die Mystik der Revolution gar nicht in dem Maße nötig hatten, wie angenommen worden ist, und vielleicht kommen sie in einer Alltagswelt besser zurecht, als man erwartet. In vielen unterentwickelten Ländern ist es ein ernstes Problem, die Energien des Volkes zu mobilisieren und die Menschen aus ihrer traditionellen Lethargie aufzurütteln; bei den fleißigen Chinesen gab es diese Schwierigkeit nicht. Schon seit mehreren Jahrzehnten finden sich in den chinesischen Städten bemerkenswert disziplinierte Arbeitskräfte, die den normalen Anforderungen einer Industriegesellschaft völlig gewachsen sind. Was den chinesischen Bauern betrifft, so ist er nicht weniger energisch und bemüht sich um Steigerung der Produktivität, wenn man ihm Gelegenheit und die nötigen Mittel dazu gibt.

In dieser Hinsicht hat vielleicht die ganze politische Agitation der letzten Jahre die Entwicklung Chinas eher behindert und gehemmt, als daß sie die Kräfte der Gesellschaft wirksam mobilisiert hätte. Was China in der Vergangenheit fehlte, war nicht so sehr die Mobilisierung von Kräften als vielmehr eine phantasievolle und fähige Führung und Leitung. Es erscheint sehr fraglich, ob die endlose Folge von Kampagnen und Aktionen im letzten Jahrzehnt viel dazu beigetragen hat, den Einfallsreichtum der Führungskräfte zu heben. Sicher ist, daß dieses Kampagnewesen die Chinesen nahezu ein Jahrzehnt lang davon abgehalten hat, das auf lange Sicht grundlegende Problem der Löhne und Anreize entschieden anzupacken. So bedeutet denn das Abflauen des revolutionären Geistes vermutlich mehr eine persönliche Krise für die Führer als ein Problem für die Gesellschaft als Ganzes.

Probleme des explosiven Bevölkerungswachstums

Aus diesen und mehreren anderen Gründen kann also damit gerechnet werden, daß das kommunistische System Chinas im Laufe der Zeit entscheidende Veränderungen durchmachen wird, die sich nicht ohne weiteres an Hand des Vernunft-Modells voraussagen lassen. Wir betonen nochmals, daß diese Vorhersage nicht bedeutet, daß der Kommunismus zusammenbrechen wird. Sie bedeutet auch nicht notwendig, daß sich Peking einer milde-

ren Form des Totalitarismus nähert oder daß die Chinesen genau die gleichen historischen Etappen in genau der gleichen Reihenfolge absolvieren werden wie die Sowjets. Vielmehr wird das ungeheure, bedrohliche Wachstum der chinesischen Bevölkerung eine nennenswerte Lockerung der Herrschaft in den nächsten Jahren von selbst ausschließen. Allein die Aufgabe, eine Nation zu regieren, die vielleicht eines Tages die halbe Weltbevölke-

rung ausmacht, aber nur über einen kleinen Bruchteil der Hilfsquellen der Welt verfügt, wird die chinesischen Führer nötigen, ihre Gesellschaft am straffen Zügel zu halten. Dies mag einer der Gründe dafür gewesen sein, daß Peking in den letzten anderthalb Jahren die Mitgliederzahl der Kontrollkommissionen auf Landes- und Provinzebene verdreifacht hat.

Die Schwierigkeiten, die wir voraussehen, liegen hauptsächlich im politischen Bereich; wenn wir aber unsere Analyse auf die Wirtschaft ausdehnten, würden wir weitere Gründe finden, Fragen nach der Zukunft Chinas zu stellen. Wie schon früher angedeutet, ist das Vernunft-Modell in hohem Maße von der relativ ausgeglichenen Wirtschaftspolitik beeinflußt, die die Chinesen betreiben, nachdem sie die Fehler des „Großen Sprungs“ korrigiert haben. Sie sind am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs umgekehrt; aber ihre Wirtschaft dürfte ihnen trotzdem noch große Schwierigkeiten bereiten, und auch kluge Entscheidungen können sich als unzureichend für die Lösung der fundamentalen Probleme eines

schwachen landwirtschaftlichen Sektors und einer unablässig wachsenden Bevölkerung erweisen. Zum Beispiel zehren augenblicklich die chinesischen Weizenkäufe im Ausland fast die Hälfte der Deviseneinnahmen auf. Die Bedeutung dieser Getreidekäufe erhellt daraus, daß die Chinesen in den letzten drei Jahren, in denen große Einkäufe getätigt wurden, Industrieanlagen im Werte von nur etwa 70 bis 80 Millionen Dollar gekauft haben. Mehr noch: die derzeitigen Ausgaben für ausländischen Weizen, nämlich über 400 Millionen Dollar im Jahr, übersteigen sogar den Betrag, den die Chinesen nach eigenen Angaben in den Jahren des „Großen Sprungs“ für die Einfuhr von Industrieanlagen aufgewandt haben. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Wirtschaft zwingen also die Chinesen, für den Import von Grundnahrungsmitteln Summen auszugeben, von denen ihre Propagandisten nicht einmal in jenen Tagen zu träumen wagten, als sie die Aussichten der industriellen Entwicklung und die Möglichkeiten, „Großbritannien zu überholen“, überoptimistisch beurteilten.

Chinesen werden mit ihrer Form des Kommunismus leben müssen

Das chinesische System wird daher sicherlich in den kommenden Jahren einer Vielfalt von Spannungen ausgesetzt sein, die für die weitere Entwicklung des Kommunismus in China vielleicht entscheidender sein werden als gegenwärtige Tendenzen.

Schließlich und endlich werden die Chinesen ihre politischen Verhältnisse so ordnen müssen, daß sie miteinander und mit der modernen Welt leben können. In der Geschichte haben sie ihre Begabung bewiesen, sich bemerkenswert dauerhafte Regierungsformen zu schaffen; aber noch ist nicht klar, ob es ihnen gelingt, den Kommunismus ihren Bedürfnissen anzupassen. In den vor uns liegenden Jahren werden sie sicherlich mit ihrer Form des Kommunismus leben müssen, und je besser sie das lernen, um so leichter wird es der übrigen

Welt fallen, vorauszusehen, in welchem Grade China eine äußere Gefahr sein wird. Bis dahin wäre es gut, wenn diejenigen, die besorgt sind, daß China zur größten Bedrohung der Weltordnung werden könnte, davon Abstand nähmen, zur Rechtfertigung verfrühter Reaktionen Argumente zu gebrauchen, die auf dem Vernunft-Modell fußen. Ebenso sollten jene, die günstiger oder optimistischer über die Chinesen denken, erkennen, daß sie durch Verbreitung einer Ansicht vom kommunistischen China, die die Starrheit der Ideologie und die Schwierigkeiten der wirklichen Lage unterschätzt, einer phantastischen, ja magischen Auffassung von den chinesischen Fähigkeiten Vorschub leisten, welche, wenn sie ernsthaft geglaubt wird, Anlaß zu schwerer Besorgnis geben muß.